

Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung

Tätigkeitsbericht 2019

Inhalt

Tätigkeitsbericht 2019

Editorial	3
Bundeselternrat - Mitglieder - Gremien	4
Bundeselternrat - Leitbild	6
Bundeselternrat - Finanzierung	8
Schwerpunkte 2019	9
Tagungen 2019 - Übersicht	10
♦ Planungstagung	11
♦ Fachtagung 01	12
♦ Fachtagung 02	16
♦ Frühjahrsplenartagung	18
♦ Herbstplenartagung	20
didacta 2019	
Tätigkeitsberichte - Fachausschüsse	25
♦ Fachausschuss Grundschule und frühkindliche Bildung	26
♦ Fachausschuss Real- und Hauptschule	27
♦ Fachausschuss Gesamt- und Gemeinschaftsschule	28
♦ Fachausschuss Gymnasium	29
♦ Fachausschuss Förderschule	30
♦ Fachausschuss Berufsbildende Schule	31
♦ Bildergalerie Fachausschüsse	32
Feedback/Erfahrungsberichte von Delegierten	34
Bildergalerie 2019	38
Termine 2020	39
Partner und Unterstützer	40
Impressum	41

Editorial

Tätigkeitsbericht 2019



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

herzlichen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen, unseren Tätigkeitsbericht 2019 zu lesen.

Im Jahr 2019 hat sich der Bundeselementarvereinigung wieder mit vielen Themen beschäftigt, die unsere Bildungsrepublik Deutschland bewegen. Erstaunlich ist hierbei, dass die Bildungsrepublik Deutschland vor über zehn Jahren von unserer Kanzlerin Angela Merkel ausgerufen wurde und wir uns immer wieder mit denselben Themen beschäftigen, beschäftigen müssen. Es ist traurig zu sehen wie sehr Politik die beste Bildung für alle unsere Kinder immer wieder verzögert und erschwert. An dieser Stelle möchte ich vor allem den bundesweiten Lehrermangel hervorheben. Ein weiteres Problem, aufgrund der Kurzsichtigkeit und fehlenden Langzeitkonzepte, ist die schlechte Personalversorgung an Kindertagesstätten.

Seit Jahren hat die Politik über den sog. Digitalpakt gestritten und verhandelt, um nun zu erkennen, dass die Hausaufgaben nicht gemacht wurden und scheinbar keiner darauf vorbereitet war, dass das Thema Digitalisierung uns nunmehr erreicht hat. Der große und schwere Tanker Bildung ist zu bürokratisch, als das er auf die Veränderungen in unserer globalen Welt angemessen reagieren kann. Hier müssen die Verantwortlichen in der Bildungspolitik dringend gemeinsam und mit langfristigen Konzepten reagieren. Die ersten Mittel sind abgerufen worden, nachdem die Länder ihre Digitalisierungsminister berufen hatten. Aber: Wird das abgerufene Geld auch sinnvoll und überlegt eingesetzt? Wie sehen die Ausgangslagen in den einzelnen Kommunen vor Ort aus? Wie langlebig sind Hardware in der Praxis und wie sieht dessen Wartung und Ausbau aus? Werden die Schulen, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern mitgenommen und ausreichend informiert über das, was passiert? All diese Fragen lassen sich nur schwer beantworten und hinterlassen kein gutes Gefühl.

Der „Nationale Bildungsrat“ wurde ebenfalls im Jahr 2019 (zumindest vorläufig) beerdigt. Aus Angst vor Veränderung haben einzelne Länder hier bewusst eine neue Möglichkeit begraben, bevor die Arbeit aufgenommen werden konnte. Das ist schade und sehr ärgerlich für alle Beteiligten und auch für den Bundeselementarvereinigung. Das Gremium „Nationaler Bildungsrat“ hätte unterstützend mit einem anderen Blickwinkel für beste Bildung wirken können. So wurde leider erneut ein zusätzliches Angebot politisch zerredet, bevor es starten konnte. Leider ein typisches Problem in unserer politischen Zusammenarbeit. Bildungsföderalismus mag den Wettbewerb der Länder fördern, dann aber auch bitte mit einer bundesweit stabilen und soliden, finanziellen und personellen Ausstattung, die beste Bildung möglich macht und nicht mit einer Mangelverwaltung.

In diesen Anliegen möchten wir uns weiterhin gemeinsam mit allen an Bildung Verantwortlichen einsetzen. Im Jahr 2022 feiert der Bundeselementarvereinigung sein 70-jähriges Bestehen und bleibt ganz sicher weiterhin aktiv im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler getreu seinem Motto „Gemeinsam für beste Bildung“.

Ich danke Ihnen allen für Ihren großartigen Einsatz für beste Bildung in Deutschland und freue mich, wenn Sie gemeinsam mit dem Bundeselementarvereinigung Bildung weiterhin mitgestalten.

Stephan Wassmuth
Vorsitzender

Bundeselternrat

Mitglieder und Organe

Mitglieder

Über die satzungsgemäße Mitgliedschaft sind alle 16 Bundesländer vertreten. Sie nehmen in den Organen ihre Stimmrechte wahr.

Organe und Aufgaben

I. Die Delegiertenversammlung

- ◆ Beschlussfassung über die Satzung, Geschäftsordnung, Wahlordnung und Finanzordnung des BER,
- ◆ Wahl und Abberufung des Vorstands,
- ◆ Wahl der Finanzprüfer/innen,
- ◆ Entlastung des Vorstands,
- ◆ Genehmigung des geprüften Jahresabschlusses,
- ◆ Beschlussfassung über die Höhe der Beitragseinheit,
- ◆ Bestätigung des vom Vorstand vorgeschlagenen EPA-Delegierten,
- ◆ Einrichtung von bis zu sechs Fachausschüssen und Entscheidung über deren Auflösung,
- ◆ Beschlussfassung über das Leitbild.

II. Der Hauptausschuss

Er setzt sich aus den Ländervertretern, den Ausschussvorsitzenden und dem Vorstand zusammen. Der Hauptausschuss wird durch den Vorsitzenden geleitet.

- ◆ berät und unterstützt den Vorstand in allen satzungsgemäßen Aufgaben des BER,
- ◆ entscheidet über die Aufnahme oder den Ausschluss von Mitgliedern,
- ◆ legt die inhaltliche Arbeit des BER fest und beschließt die Durchführungen von Fachtagungen, Seminaren, und die Einrichtung von Projekten und Arbeitsgruppen,
- ◆ nimmt den Finanzbericht entgegen und gibt eine Beschlussempfehlung für die Delegiertenversammlung ab,
- ◆ entscheidet über die Einrichtung einer Stelle eines/er hauptamtlichen Geschäftsführers/ in oder sonstiger Stellen,
- ◆ schlägt die Höhe der Beitragseinheit vor,
- ◆ genehmigt die Entscheidung des Vorstands über die Vertretung in nationalen und internationalen Gremien,
- ◆ entscheidet über die Einrichtung eines Fachbeirats und beruft die Mitglieder des Fachbeirats. Ferner entscheidet der Hauptausschuss über Beginn und Dauer der Arbeit des Fachbeirats.

III. Der Vorstand

- ◆ führt die Geschäfte des BER und verantwortet die Geschäftsstelle, vertritt den BER nach außen,
- ◆ im Rechtsverkehr wird der BER durch zwei Vorstandsmitglieder vertreten,
- ◆ arbeitet mit den Landeselternvertretungen zusammen,
- ◆ beruft die Delegiertenversammlung ein,
- ◆ legt gegenüber der Delegiertenversammlung jährlich einen Rechenschaftsbericht ab,
- ◆ beruft die Sitzungen des Hauptausschusses ein,
- ◆ führt die Beschlüsse des Hauptausschusses und der Delegiertenversammlung aus,

Bundeselternrat

Mitglieder und Organe

- ◆ bereitet in Zusammenarbeit mit den Fachausschüssen themenbezogene Projekte vor,
- ◆ bereitet Fachkongresse und Seminare vor,
- ◆ berichtet den Mitgliedern und Delegierten über die Ergebnisse der Arbeit der Fachausschüsse, Projekte und Arbeitsgruppen,
- ◆ entscheidet über die Mitgliedschaft und Vertretung in Gremien und Organisationen vorbehaltlich der Zustimmung des Hauptausschusses,
- ◆ sorgt dafür, dass das Leitbild regelmäßig evaluiert und weiterentwickelt wird.

Der Vorstand setzt sich 2019 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:	Stephan Wassmuth (Hessen)
Stellvertreter:	Erika Takano-Forck (Berlin) Martina Richter (Mecklenburg-Vorpommern) Marc Keynejad (Hamburg) bis Mai 2019 Ebrahim Yousefzamani (Hamburg) ab Mai 2019
Finanzen:	Michael Ulrich (Brandenburg) bis Mai 2019 Carmen Haaf (Baden-Württemberg) ab Mai 2019

Der aktuelle Vorstand setzt sich zusammen aus diesen fünf Gesichtern:



Stephan Wassmuth



Erika Takano-Forck



Ebrahim Yousefzamani



Martina Richter



Carmen Haaf

Bundeselternrat

Leitbild

Präambel

Seit über 65 Jahren engagiert sich der Bundeselternrat über Ländergrenzen hinweg für die Mitbestimmung der Eltern in der Schule und damit für bessere Bildung. Das Leitbild basiert also auf jahrzehntelanger Erfahrung. Es dokumentiert das Selbstverständnis des Bundeselternrats, die Ziele und den Inhalt der Arbeit. Damit schafft es die Grundlage, künftige Herausforderungen zu meistern. An diesem Leitbild haben die Mitglieder mitgewirkt. Es ist ein Spiegel der Vielfalt und der Wertschätzung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft.

Bundesweit – Für beste Bildung.

Der Bundeselternrat ist als freiwillige Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen das Sprachrohr der Eltern auf Bundesebene. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern und Kooperationspartnern setzt er sich für bessere Bildung in Deutschland ein.

Unabhängig – Nur Eltern und Kindern verpflichtet.

Der Bundeselternrat ist schulformunabhängig, überparteilich, überkonfessionell und nicht an Aufträge oder Weisungen gebunden. Er unterstützt die Elternvertreter bei der Wahrnehmung ihrer schulischen Mitwirkungsrechte und vernetzt sie auf Bundesebene. Er setzt sich dafür ein, dass Väter und Mütter kontinuierlich an der Entwicklung der Schule beteiligt werden.

Partizipation.

Elternmitbestimmung. Nur wenn Schulen gemeinsam mit Schülern und Eltern weiterentwickelt werden, werden sie zu guten Schulen. Der Bundeselternrat setzt sich deshalb für eine Schule ein, in der demokratische Beteiligung praktiziert wird.

Kooperation – Partner.

Tradition und Innovation gehören zum Selbstverständnis des Bundeselternrats. Er ist offen für Impulse aus Gesellschaft und Wissenschaft und sucht den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit mit anderen, ohne dabei seine eigenen Ziele aus den Augen zu verlieren. Die Mitglieder des Bundeselternrats legen großen Wert auf partnerschaftliche Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Der Bundeselternrat beteiligt sich am Aufbau von Arbeitskreisen, Netzwerken und Verbänden. Er pflegt den Kontakt zu Verbänden und Institutionen und ist als Mitglied der European Parents' Association mit anderen Elternvertretungen in Europa vernetzt.

Bildungsgerechtigkeit – Individualität.

Jedes Kind, gleich welcher Herkunft und mit welchem Hintergrund, hat das Recht auf gleiche Chancen und damit das Recht auf bestmögliche Bildung. Für die Durchsetzung dieses Rechts setzt sich der Bundeselternrat ein. Individueller, auf das einzelne Kind zugeschnittener Unterricht ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und erfolgreiches Lernen. Deshalb fordert der Bundeselternrat, alle Lehrerinnen und Lehrer so aus- und fortzubilden, dass sie Kinder individuell fördern können.

Bildungsstandards – Für Chancengerechtigkeit.

Der Bundeselternrat fordert die Einführung länderübergreifend einheitlicher Bildungsstandards. Die Bewertung von Schülerleistungen nach einheitlichen Maßstäben liefert objektive Erkenntnisse über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Schule und ist die Voraussetzung, Schule und Unterricht stetig zu verbessern.

Bundeselternrat

Leitbild

Ausbildung – Fortbildung.

Nur gut ausgebildete Menschen sollen in deutschen Schulen arbeiten. Der Bundeselternrat fordert eine länderübergreifend einheitliche Ausbildung und regelmäßige Fortbildung für alle an der Schule Beschäftigten (Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiterinnen und Schulleiter, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Sekretärinnen und Sekretäre etc.), damit diese den sich ständig wandelnden Anforderungen gewachsen sind.

Föderalismus – Negative Folgen überwinden.

Der Bundeselternrat setzt sich für länderübergreifend einheitliche Rahmenbedingungen im Bildungswesen ein. Die negativen Auswirkungen des Bildungsföderalismus müssen überwunden werden, damit Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland die gleichen Chancen auf einen Studienplatz und/oder eine Berufsausbildung haben. Der Wechsel an eine Schule in einem anderen Bundesland muss reibungslos möglich sein.

Organisation und Arbeitsweise

Vielfältig – Demokratisch.

Der Bundeselternrat ist die Arbeitsgemeinschaft der Landeselternvertretungen der Bundesländer. Diese Struktur garantiert ein vielfältiges und demokratisches Innenleben und führt zu einem hohen Maß an Souveränität und Eigenverantwortung. Gleichzeitig stellt diese Art der Organisation eine Herausforderung im Entscheidungsfindungsprozess dar, die der Bundeselternrat gerne annimmt.

Meinungsvielfalt – Gleichberechtigung.

Kein Kind ist wie das andere, die Bedürfnisse aller Kinder sind verschieden. Der Bundeselternrat spiegelt diese Meinungsvielfalt wieder und setzt sich für die Belange von Kindern und Eltern ein. In Diskussionen strebt der Bundeselternrat einvernehmliche Entscheidungen an. Bei aller Meinungsvielfalt gehen die Mitglieder wertschätzend miteinander um.

Viele Mitglieder – Eine Stimme.

Der Bundeselternrat ist die größte Interessenvertretung von Eltern in Deutschland. Er tritt nach außen mit einer Stimme und mit einer Meinung auf.

Transparenz – Kommunikation.

Die Mitglieder des Bundeselternrats schaffen Vertrauen durch transparente Entscheidungsprozesse. Dabei halten sie Gegensätze aus und berücksichtigen Interessensunterschiede. Eine besondere Qualität der ehrenamtlichen Arbeit des Bundeselternrats liegt darin, das Zusammenwirken der Arbeitsbereiche und Ebenen sicherzustellen und dies nach innen und außen sichtbar zu machen.

Bundeselternrat

Leitbild/Finanzierung

Verantwortung – Führung.

Der Vorstand und die weiteren Führungskräfte des Bundeselternrats sind sich ihrer Verantwortung für ein kollegiales Miteinander bewusst und pflegen einen kooperativen Führungsstil. Sie sorgen für rechtzeitige und umfassende Information und schaffen Raum für selbstständiges, eigenverantwortliches Handeln.

Innovation – Veränderung.

Der Bundeselternrat ist offen für Veränderungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft. Dabei wird das Gleichgewicht zwischen Idealvorstellungen und dem tatsächlich Machbaren gehalten.

Handlungsrahmen – Fortschreibung.

Dieses Leitbild haben die Delegierten zwischen Juli 2008 und November 2009 bei zwei Plenarkongressen und mehreren Arbeitsgruppensitzungen unter Berücksichtigung des Inputs aus den Mitgliedsorganisationen erarbeitet. Es ist ein verbindlicher Handlungsrahmen für alle Mitglieder des Bundeselternrats. Die Mitglieder sind verantwortlich für eine ständige Überprüfung dieses Rahmens. Die Konkretisierung einzelner Passagen durch die Dokumentation der kontinuierlichen Arbeit ist ausdrücklich erwünscht.

Bad Hersfeld, im November 2009 (aktualisiert: November 2013)

Finanzierung

Der Bundeselternrat finanzierte sich im Grundsatz aus der Projektfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Hierzu werden jedes Jahr für die Tagungen entsprechende Förderanträge gestellt. Der Bundeselternrat wird zu 80 % aus Mitteln des BMBF finanziert. Darüber hinaus können Tagungen beim BMBF als Sondermaßnahmen beantragt werden.

Ab 2016 haben sich 13 Bundesländer bereit erklärt, über eine Zuwendung die Geschäftsstelle des Bundeselternrats für die nächsten 5 Jahre mitzufinanzieren. Die Förderung beträgt 13 % des Gesamtetats.

Die 16 Landeselternvertretungen unterstützen die Arbeit des Bundeselternrats durch einen Mitgliedsbeitrag. Die Mitgliedsbeiträge betragen 7 % des Jahresetats.

Dafür möchte sich der Vorstand des Bundeselternrats im Namen aller Delegierten sehr herzlich bedanken. Insbesondere den 13 Bundesländern und dessen Länderzuweisung sei unser Dank an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht.

Bundeselternrat

Schwerpunkte 2019

Das Jahr 2019 begann für die Delegierten quasi mit einem Paukenschlag: Durch den strukturellen Umbau des Schulwesens war eine Besetzung im Fachausschuss Hauptschule durch Eltern dieser Schulform immer schwieriger geworden. Die Konsequenz daraus, diesen Fachausschuss aufzulösen und mit dem Realschulausschuss zu verschmelzen, fiel dem Bundeselternrat nicht leicht und wurde durch viele vorbereitende Gremiensitzungen für das Jahr 2019 umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die Resolutionsarbeit neu aufgestellt, um die Wünsche nach Transparenz und Effizienz durch Nutzung neuer Medien umzusetzen. Der Vorstand ist dankbar, dass sich viele Delegierte der strapaziösen Findung positiv gegenübergestellt haben. Aber es gehörte auch dazu die Initiative und das Durchhaltevermögen Einzelner an einem abschließenden Konzept. Die Resolution am Ende einer Tagung, gehört zu den wichtigen Bestandteilen unserer Tagungsarbeit, die für die Öffentlichkeitsarbeit des Vorstands verpflichtenden Charakter hat und neben der Ausschussarbeit elementar ist.

Zwischen dem politischen Diskurs und dem empirischen Wissen zur Zusammenarbeit von Eltern und Schule gibt es eine Diskrepanz, da diese einerseits in Schulgesetzen reguliert sind und viele Fachzeitschriften im Sinnen der Win-Win-Situation eine Partnerschaft auf Augenhöhe fordern. Auf der anderen Seite gibt es jedoch noch wenig gesichertes Wissen. Daher hatte der Hauptausschuss in der Planungstagung 2017 das Thema für 2019 „Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung“ bestimmt. Im Vorfeld hatten die Ländervertretungen und die Fachausschussvorsitzenden die Themenwünsche der Delegierten gesammelt. Dabei wurde neben dem Thema „Wertschätzung“ auch der Wunsch nach selbstkritischer Hinterfragung deutlich.

In überfrachteten gegenseitigen Erwartungen, fehlenden Einblicken, in der Unklarheit von Rollen oder Aufgaben und in hartnäckigen gegenseitigen Vorurteilen sieht der Bundeselternrat als zu überwindende Barrieren in der Zusammenarbeit von Familie und Schule. Er fragte nach den gesetzlichen Grundlagen für die Erziehung und stellte fest, dass nur eine „echte“ Beteiligung der Schüler und Schülerinnen zu einer zufriedenstellenden Entwicklung des Verhältnisses zwischen Familien und Schulen führt.

Das [Weltaktionsprogramm](#) (2015-2019) ([Global Action Programme](#)) „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ endete 2019. Hier hat der Vorstand des Bundeselternrats intensiv mitgearbeitet, die nachhaltige Entwicklung in der Bildung im föderalstrukturierten Deutschland von der Bundesebene heraus Impulse zu geben, um diese im Einvernehmen mit der KMK strukturell zu verankern. Es ist nicht nur ein Beschluss der UN, hierbei die Jugendbeteiligung motiviert zu stärken. Die Elternvertretungen sehen, wie wichtig es ist die Beteiligung der betroffenen Jugendlichen vor Ort an Schulen - als auch auf den anderen Entscheidungsebenen - als ein qualitätssicherndes Element zu verankern. Wir sind erfreut, dass es möglich war, diese durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, auch für die nächste Dekade, gesichert zu bekommen. Trotz unseres Einsatzes über die „nationale Plattform BNE“ Dokumente in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie einzuarbeiten, trotz der Begleitung des Jugendpanels „YoucoN“ und trotz des bundesweiten Jugendkongresses „YoucoN“ wurden auch wir überrascht, dass die Jugend mit „Fridays For Future“ so selbstbewusst und wirksam auf die Straße gingen und somit einen breiten Bewusstseinswandel bei den Menschen vor Ort im Alltag bewirkten, dass diese Fragen jetzt eines Handelns bedürfen.

Bundeselternrat

Schwerpunkte 2019

Unsere Beteiligung beim Beirat der Jako-O-Elternstudie brachte eine enge Kooperation mit der Wissenschaft. Im Jahr 2019 haben wir diese Beteiligung im Jahresthema umgesetzt.

Die Beteiligung am Beirat „empirische Bildungsforschung“ des BMBFs ließ einige Hoffnung aufkeimen, dass endlich bundesweit gemeinsam eine sinnvolle Steuerung von Bildung – da wo nötig und sinnvoll – über ein Gremium entstehen würde. Dringender Bedarf besteht angesichts der bundesweiten Digitalisierung an einer Koordinierung und Bündelung der unterschiedlichsten Beteiligten für eine gelungene Konzeptionierung als auch die Bereitstellung von unterstützenden Fachleuten, Weitergabe von Erfahrungen und erprobtem Material. Die Eltern sind besorgt, dass bei der immensen Menge von Anschaffungen die Aspekte der Nachhaltigkeit ungeregelt ist.

Mit einem mehrjährigen Vorlauf bemühte sich der Bundeselternrat darum, mit der Verwaltungsebene der KMK in Kontakt zu kommen: es ging darum, nicht nur – wie bis dato – die politischen Entscheider zu kontaktieren, sondern bereits auf der Arbeitsebene in einen Austausch über inhaltliche Konzeptionen zu gelangen. Den „Ertrag“* hielten wir im Oktober 2018 in Form eines Beschlusses der KMK in den Händen.

Das Jahresthema 2019 war daher geradezu die Aufforderung an die Ländergremien sich diesem Papier – insbesondere der gebündelten Umsetzung in den Ländern – zuzuwenden. Ob aus dieser Bearbeitung dann auch eine öffentlich wirksame Auseinandersetzung inklusive einer selbstkritischen Elternreflexion wird, wäre als Auftrag der nächsten Zeit durch den Bundeselternrat aktiv zu befördern.

Von unserem Selbstverständnis heraus, als Dachverband der zumeist über die Landesschulgesetze ordentlich verfassten Elterngremien neben einiger Landeselternvereine, verortet sich der Bundeselternrat beim Ressort der Bildung. Jedoch ist Bildung und Erziehung nicht „ressortscharf“ am Zuschnitt der Ministerien orientierbar.

Mit dem Thema „Erziehung“ wird die Zwitterstellung mit dem Familien- und Jugendressort allzu oft deutlich. So wurden wir auch im Vorfeld zum neuen Familienbericht der Bundesregierung durch die federführende Forschungsgruppe als Impulsgeber in einen Workshop eingeladen, dem der Bundeselternrat gerne gefolgt ist. Besonders glücklich waren wir, über die Haltung der Wissenschaft explizit diese Bruchstellen aufzuzeigen, mit denen nicht nur wir als Elternvertretung, sondern die Schüler und Schülerinnen im Schulalltag, ständig konfrontiert werden.

Für eine groß angelegte Delphi-Studie mit über 10.000 Teilnehmern „Zukunft der Bildung in den nächsten 30 Jahren in Deutschland“ finanziert durch die Mercator-Stiftung - sollte eine kleine homogene Expertenrunde von acht Personen mit Teilnahme des Bundeselternrats am 28.05.2019 eine mögliche Entwicklung der Schule bis 2050 diskutieren. Diese Ergebnisse wurden als Annahmen formuliert und den Probanden in einem mehrstufigen Verfahren vorgelegt.

*https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/2018_10_11-Empfehlung-Bildung-und-Erziehung.pdf und https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/2018_10_11-Dokumentation-Bildung-und-Erziehung.pdf

Bundeselternrat

Schwerpunkte 2019

Dazu wurden mögliche Szenarien vorgelegt, die diskutiert wurden. Durch die Auswahl der Experten wurden insbesondere die Themen zur robusten und modernisierungsfähigen Schule mit folgenden Unterthemen kontrovers diskutiert: Kompetenzen, Lernformen, Chancengerechtigkeit, Heterogenität, Inklusion, Globalisierung, Demographie, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Psychopharmaka usw. Die Ergebnisse dieser Studie werden während des kommenden Jahres im Plenum des Bundeselternrats vorgestellt.

Besonders glücklich schätzen wir uns, um die nun mittlerweile langjährige Mitarbeit bei der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Deren Regelungen haben eine starke Durchsetzungskraft. Durch das moderne Verständnis von Prävention gekoppelt mit dem immer noch recht neuen Präventionsgesetz entfaltet diese Mitarbeit eine besondere Kraft. Zum Abschluss gekommen ist in diesem Jahr auch die [„Branchenregel Schule“](#). Unter folgendem Link <https://www.sichere-schule.de/> findet man für unsere Elternbeiräte vor Ort wichtige und sinnvolle Hilfsmittel.

Weiterhin arbeiten wir aktiv beim DVR im Ausschuss Kinder- und Jugendliche mit. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit sind beispielsweise auch die gemeinsamen Pressemitteilungen der Deutschen Verkehrswacht und dem Bundeselternrat. Wer hier spezielle Fragen hat, wird gebeten, den direkten Kontakt mit dem Vorstand aufzunehmen.

Im Jahr 2016 hat der Bundeselternrat erstmalig eine neue Finanzierungsform seiner Geschäftsstelle erfahren. Entgegen der vormaligen, undemokratischen Finanzierung über den Vorsitzenden, der quasi bei der Kandidatur die regelmäßige Finanzierung der Geschäftsstelle durch sein Kultusministerium zugesichert bekommen musste, hatten sich 13 Bundesländer bereit erklärt, die ungedeckten Kosten von 2016-2020 anteilig gemeinsam zu finanzieren. Wir hoffen, dass bei der Neuverhandlung 2020/2021 dies neu aufgelegt werden kann. Ansonsten droht der Rückfall in die alten undemokratischen Verhältnisse.

Für unsere 70 Jahrfeier im Jahr 2022 gehen bereits die Planungen los und wir haben einen entsprechenden Projektantrag gestellt. Dabei möchten wir die Aufarbeitung unserer geschichtlichen Darstellung in den Fokus nehmen. Hierzu wurde die AG 70-Jahre-BER gegründet, die sich neben der geschichtlichen Entwicklung auch um die zukünftigen Herausforderungen kümmern soll. Angedacht sind die Überarbeitung unserer Homepage und die Entwicklung eines Mediums, welches für alle Elternvertreterinnen und Elternvertreter handhabbar ist und aktive Hilfestellungen bietet.

Aber auch die Bindung zu unseren Mitgliedern - den Landeselternvertretungen - ist sehr wichtig. Dies nicht nur anlässlich unserer Tagungen und per E-Mail, sondern auch der Besuch der Landeselternstage sorgt immer wieder für den wichtigen Austausch der Erkenntnisse an länderspezifischen Themen, die unsere Arbeit im Bundeselternrat letztendlich ausmacht. Daher gibt es in dieser Ausgabe erstmalig die neue Rubrik „Feedback“. Dort bekommt man einen kleinen Einblick in die Länder und auch warum unsere Delegierten es auf sich nehmen neben ihren Einsatz in den Ländern in den Bundeselternrat zu kommen.

Bundeselternrat

Tagungen 2019

Jahresthema 2019:

Eltern im Bildungssystem - was sagt die Forschung?

Planungstagung 2019

Thema 2020: Bildung 4.0 - sind wir gerüstet für die Zukunft?

Potsdam, 24.-27.01.2019

Fachtagung 01 / 2019

Thema: Die Übergänge im Bildungssystem

Ausschüsse "Berufsbildende Schule", „Grundschule und frühkindliche Bildung“ und "Gesamt- und Gemeinschaftsschule"

Potsdam, 29.-31.03.2019

Frühjahrsplenartagung 2019

Thema: Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule

Potsdam, 24.-26.05.2019

Fachtagung 02 / 2019

Thema: Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention

Ausschüsse "Real- und Hauptschule", „Förderschule“ und "Gymnasium"

Potsdam, 20.-20.09.2019

Herbstplenartagung 2019

Thema: Elternmitwirkung zwischen Rechtsanspruch und Störfaktor

Potsdam, 15.-17.11.2019

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundeselternrat

Planungstagung

Potsdam, 24. - 27.01.2019

Jahresthema 2019:

Eltern im Bildungssystem—was sagt die Forschung

An dieser Tagung nahmen die Mitglieder des Hauptausschusses teil. Es wurden die Tagungsinhalte für 2020 und das Jahresthema für 2021 erarbeitet.

Die Ergebnisse sind die jeweiligen Projektbeschreibungen für die Tagungen.

Dies sind die Tagungsthemen für 2020:

Planungstagung 2020

Tagungsthema: **Bildungswelt(en) der Zukunft**

Frühjahrsplenartagung 2020

Tagungsthema: **Schule 4.0 - zukunftsfähige Bildung**

Fachtagung 01 / 2020

Tagungsthema: **Kein Abschluss ohne Anschluss - auf dem Weg zur inklusiven Bildung**

Ausschüsse: „Grundschule und frühkindliche Bildung“, „Förderschule“ und „Gymnasium“

Fachtagung 02 / 2020

Tagungsthema: **DigitalPakt Schule - was bedeutet er für die Bildungslandschaft**

Ausschüsse: „Gesamt- und Gemeinschaftsschule“, „Berufsbildende Schule“ und „Real- und Hauptschule“

Herbstplenartagung 2020

Tagungsthema: **Welche Elternbeteiligung / Elternvertretung braucht der Zukunftsstandort Deutschland im Bildungssystem?**

Bundeselternrat

Fachtagung 01

Potsdam, 29. - 31.03.2019

Thema: Die Übergänge im Bildungssystem

Ausschüsse „Grundschule und frühkindliche Bildung“, „Gesamt- und Gemeinschaftsschule“ und „Berufsbildende Schule“

Freitag, 29. März 2019

- 16:00 - 17:20 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
- 17:20 - 17:30 Begrüßung, Regularien
- 17:30 - 18:45 Übergänge
Weichen richtig stellen
Ulrich Vieluf, vernetzt lernen GbR - Arbeitsgemeinschaft Beratung und Beteiligung innovativer Bildungsprojekte
- 20:00 - 21:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse

Samstag, 30. März 2019

- 09:00 - 10:15 Bildungshaus Lurup
Übergänge Kita - Grundschule
Ulrike Kloiber, Leiterin der Kita Moorwisch
Annette Berg, Schulleiterin der Schule Langbargheide
- 10:45 - 12:15 Kooperative Gesamtschule Schneverdingen
Übergang KGS ins Berufsleben
Mani Taghi-Khani, Gesamtschuldirektor der KGS Schneverdingen
Roger Wieneke, Lehrer an der KGS Schneverdingen
- 12:15 - 12:30 Tagungsfoto
- 14:00 - 18:30 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel: 17:00 Redaktionskonferenz Teil I
- 20:00 - 22:00 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel: 20:30 Redaktionskonferenz Teil II

Sonntag, 31. März 2019

- 09:00 - 09:30 Redaktionskonferenz Teil III
- 09:00 - 10:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
- 10:00 - 11:00 Redaktionskonferenz Teil IV
- 11:15 - 11:45 Plenum: Abstimmung über die Resolution
- 11:45 - 12:00 Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
- 12:00 Ende der Tagung

Pressemitteilung

Die Übergänge im Bildungssystem

Oranienburg, den 09.04.2019

Schwerwiegende Brüche im Bildungsverlauf - „Schnittstellen“ müssen zu „Nahtstellen“ werden!

Zur Resolution **„Bildung von Anfang an zu Ende denken“**

„Einschulungskinder der 1. Klassen sind keine Bildungsanfänger - eingedenk der Diskussionen um die Qualität der Kindertagesstätten!“ stellten die Delegierten des Bundeselternrates am 31.03.2019 in Potsdam zu seiner Fachtagung „Übergänge im Bildungssystem“ fest.

Das gegenwärtige, gegliederte Schulsystem führe zu zahlreichen Übergängen im Bildungsverlauf. An diesen Schnittstellen gehen viele für die erfolgreiche Bildungs- und Erziehungspartnerschaft für den weiteren Lebenslauf der Kinder so nötigen Eltern verloren. Sie müssten gerade bei den Übergängen in die Lage versetzt werden, Entscheidungen für die Schullaufbahn im Sinne ihrer Kinder zu treffen. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft der Kinder beendet.

Jedoch: Durch unterschiedliche Gesetze und den damit zusammenhängenden trennenden Strukturen, aber auch Haltungen, wird eine gelungene pädagogische Übergabe nach dem „Staffelstab-Prinzip“ behindert. Nur durch ganz besonderen Mut zur Zusammenarbeit entstehen Beispiele wie das **Bildungshaus Lurup in Hamburg**, in dem die konstruktive **Familieneinbeziehung jenseits der Ressortzuständigkeiten systematisch fortentwickelt** wurde.

Zum Ende der Schulzeit - beim Übergang in den Berufseinstieg - ist die Trennung zwischen dem allgemeinbildenden Schulsystem und der Berufsausbildung im Grundsatz in Frage zu stellen. Das besondere Engagement für eine Überwindung dieser Systemgrenzen wurde auf der Fachtagung mit der **Kooperativen Gesamtschule Schneverdingen** aus Niedersachsen vorgestellt. Ihre Programme „JOBwärts“, „A(ZU) BIwärts“ und „UNIwärts“ zeigen, dass diese pädagogischen Übergangskonzepte von der Schule bis in den Beruf - beruhend auf der gewachsenen Bindung und Vertrauen zwischen Lehrer und Schüler und einem Maßnahmenkatalog zur Durchbrechung von Perspektivlosigkeit über die Schulzeit hinaus - außerordentlich erfolgreich ist. **An dieser Schule im ländlichen Raum ist die Quote der Schulabbrecher auf circa 2% gesunken und die Übergangsquote für normalerweise schwervermittelbare Hauptschüler in den Beruf auf über 90 % gestiegen!**

Vorhandene, berufsbezogene Unterstützungsstrukturen zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen (s. VerA, QuABB oder „Stark für Ausbildung“) sehen jedoch die Nachbetreuung der Schülerinnen und Schüler im ersten Ausbildungsjahr durch die vorherigen Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schule nicht vor - wegen vorhandener Systemgrenzen.

„Mut und Offenheit, um erfolgreiche Initiativen als Modellprojekte anzuerkennen!“, appelliert der Bundeselternrat daher an die politisch Verantwortlichen.

Konzentriert und selbstkritisch verfolgten die Delegierten der Fachausschüsse für „Grundschule und frühkindliche Bildung“, „Berufsbildende Schulen“ und „Gesamt- und Gemeinschaftsschulen“ den gehaltreichen Vortrag des Bildungswissenschaftlers Ulrich Vieluf und ehemaligen Hamburger Staatsrats zum Einfluss des Eltern- und Lehrerverhaltens bei den Übergängen zwischen den Institutionen.

Weitere Thesen und Forderungen sind der Resolution [„Bildung von Anfang an zu Ende denken“](#) zu entnehmen.

Resolution

Die Übergänge im Bildungssystem

„Bildung von Anfang an zu Ende denken“

Auf der Fachtagung des Bundeselternrats in Potsdam vom 29. bis zum 31.03.2019 haben wir Delegierte im Rahmen des Themas „Die Übergänge im Bildungssystem“ zwei Leuchtturmprojekte kennengelernt, die aus unserer Sicht nachahmenswert sind:

Das Bildungshaus Lurup in Hamburg und die Kooperative Gesamtschule Schneverdingen.

In Lurup ist ein durchgängiger Bildungsansatz von Krippe bis Grundschule unter umfassender Einbeziehung der Familien geschaffen worden. An der KGS Schneverdingen wurden für alle Bildungszweige Wege entwickelt, die Schüler*innen das Ausprobieren verschiedener Berufsbilder ermöglichen, damit sie eigenständige Entscheidungen für ihre berufliche Zukunft treffen können.

Diese Projekte zeigen, dass es Beispiele gibt, die einen sehr gut gelungenen und verzahnten Übergang zwischen den verschiedenen Institutionen und Ressorts im und jenseits des Bildungswesens darstellen. Im Allgemeinen sehen wir jedoch schwerwiegende Brüche bei diesen Übergängen, die sich negativ auf den Bildungserfolg der Schüler auswirken. Um kontinuierliche Bildungsverläufe zu gewährleisten, müssen die unterschiedlichen Einrichtungen vor Ort besser kooperieren. Hierbei ist Vertrauen zwischen den beteiligten Personen aufzubauen und zu erhalten.

„Nicht nur das Kind muss fit für die Schule sein, sondern auch die Schule für das Kind.“

Studien zeigen, dass Bildungsübergänge in Deutschland in hohem Maße vom sozialen Status und vom Bildungsgrad des Elternhauses abhängen, auch weil sich die Lehrkräfte oft bei ihren Empfehlungen durch diese Faktoren beeinflussen lassen. Kinder lernen nicht alle im gleichen Tempo. Sie haben ein Recht auf individuelle Entwicklung. Durch positive Lernerfahrungen der Kinder können bestehende Unterschiede bei kognitiven Fähigkeiten oder der sozialen Herkunft ausgeglichen werden.

Der Übergang von vorschulischer Bildung zur Grundschule wird in Deutschland seit dem entsprechenden Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.10.1997 aufmerksam verfolgt, die Ausgestaltung bedarf jedoch einer Weiterentwicklung. Bei den weiteren Übergängen stellen wir fest, dass diese noch weit mehr in den Fokus gerückt werden müssen. Hierbei ist auch den besonderen Förderbedarfen innerhalb des inklusiven Schulsystems Rechnung zu tragen.

Bestehende Kooperationen laufen dort gut, wo mit großem persönlichem Engagement die gesetzlichen Vorgaben kreativ umgesetzt werden und die notwendige Ausstattung zur Verfügung steht. Wo die gesetzlichen Grundlagen noch nicht gegeben sind, fehlt es oft an politischem Mut, innovative Konzepte und Ideen an Schulen zu fördern und organisatorisch abzusichern.

Resolution

Die Übergänge im Bildungssystem

Wir fordern daher:

Die Lehrkräfte müssen sich eigenverantwortlich weiterbilden und konsequent weitergebildet werden, damit sie in die Lage versetzt werden, den Kindern mit ihren vielfältigen Charaktereigenschaften gerecht zu werden und diese ohne Ansehen des sozialen Hintergrunds und der Berufe des Elternhauses durch entsprechende Förderung und Forderung zu ihrem bestmöglich erreichbaren Schulabschluss zu führen. Hierfür müssen Weiterbildungskonzepte erarbeitet werden und ausreichende Ressourcen bereitgestellt werden.

Kinder brauchen Aufgaben, an denen sie wachsen und ihre Stärken einsetzen können, nicht Aufgaben, an denen sie scheitern. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei der Steigerung des Selbstvertrauens und der Wirksamkeit des eigenen Handelns zu widmen. Dies ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, die von Schulen und Eltern zu tragen ist.

Wir fordern die individuellen Bedürfnisse der Kinder bei der Organisation der Bildungsübergänge ernst zu nehmen. Das bedeutet eine engere Verzahnung und Kooperation aller an Schule Beteiligten über den gesamten Bildungsweg (Staffelstab-Prinzip). Auch alle anderen sozialen Institutionen müssen unabhängig von verschiedenen Trägerschaften und Zuständigkeiten in diesen Prozess eingebunden werden. Qualitativ hochwertige pädagogische und sonderpädagogische Betreuung in Form von multiprofessionellen Teams an allen – auch den berufsbildenden – Schulen erachten wir als zwingend notwendig. Dadurch können Brüche im Bildungsweg vermieden und der Lernerfolg entscheidend verbessert werden.

Um einen guten Start in das Schulleben zu gewährleisten, ist die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kita und Schule schon deutlich vor der Einschulung zu beginnen. In der Folge ist mit gezielten Maßnahmen in Form eines Berufsorientierungskonzeptes durch z. B. begleitete Praktika, Elternmitwirkung und Kooperationen mit Fachgremien die Berufs- und Studienorientierung stetig zu verbessern. Hierbei ist eine kontinuierliche Kooperation mit den Jobcentern/Universitäten/Hochschulen ein weiterer wichtiger Baustein für den Bildungserfolg der Schüler. Auch der letzte Übergang in die Ausbildung sollte über das Schulende hinaus durch die Schulen begleitet werden dürfen.

Rahmenbedingungen für Kooperationen müssen verlässlich und transparent geregelt werden. Dazu bedarf es genügender finanzieller, räumlicher und personeller Ausstattung, damit Übergänge für **alle** systematisch gelingen. Wir fordern Mut, Weitsicht und Bereitschaft der handelnden Verantwortlichen, neu entwickelte Konzepte - z. B. durch Schulversuche - zu unterstützen und voranzutreiben.

Eltern wollen als Bildungspartner ernst- und angenommen werden. Dies ist durch eine engere Zusammenarbeit und größeres Engagement aller an Schule Beteiligten möglich. Wir fordern von uns als Elternschaft alle Möglichkeiten der Mitbestimmung und Zusammenarbeit vertrauensvoll und verbindlich auszuschöpfen und wahrzunehmen. Eltern müssen durch qualifizierte, strukturierte Beratungsgespräche (etwa nach dem SMART*Prinzip) in die Lage versetzt werden, Entscheidungen für die Schullaufbahn im Sinne ihrer Kinder zu treffen.

„Wo kämen wir hin, wenn alle sagten, wo kämen wir hin und niemand ginge,
um einmal zu schauen, wohin man käme, wenn man ginge.“
Johann Heinrich Pestalozzi

*Spezifisch Messbar Attraktiv Realistisch Terminiert

Die Resolution wurde am 31.03.2019 in Potsdam im Rahmen der 1. Fachtagung von den Delegierten des Bundeselternrats einstimmig verabschiedet.

Bundeselternrat

Fachtagung 02

Potsdam, 20. - 22.09.2019

Thema: Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention

Ausschüsse "Förderschule", „Real- und Hauptschule“ und "Gymnasium"

Freitag, 20. September 2019

- 16:00 – 16:10 Begrüßung, Regularien
- 16:10 – 17:30 Kinderrechte und die Qualität pädagogischer Beziehungen
Prof. Dr. Annedore Prengel, Professorin a.D. der Universität Potsdam, Initiatorin der „Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen“, Seniorprofessorin an der Goethe-Universität, Arbeitsbereich Erziehung, Politik und Gesellschaft
- 17:30 – 18:45 Warum gibt es die Notwendigkeit für Kinderrechte-Schulen?
Elisabeth Stroetmann, Landeskoordinatorin für das Landesprogramm „Kinderrechte im Rahmen schulprogrammatischer Entwicklung“ in NRW (insb. Buddy Grundschulprogramm)
- 20:00 – 22:00 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel ResoTeam in den Ausschüssen (für angemeldete FAe)

Samstag, 21. September 2019

- 09:05 – 10:30 Schülerinnen und Schüler als Hauptakteure der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus
Prof. em. Dr. phil. Werner Sacher, Professor a.D. der Universität Erlangen-Nürnberg, Leitung der Abteilung Schulpädagogik, langjähriger wissenschaftlicher Berater und Begleiter des Bayerischen Staatministerium zur Etablierung der „ElternMitWirkung“
- 11:00 – 12:30 Beteiligung - Förderung - Schutz
Den Kinderrechtsansatz in der Schule verwirklichen
Prof. Dr. Jörg Maywald, Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind, Honorarprofessor an der Fachhochschule Potsdam und Sprecher der National Coalititon Deutschland - Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention
- 12:30 – 14:00 Tagungsfoto
- 14:00 – 18:30 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel ResoTeam
- 20:00 – 22:00 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel ResoTeam

Sonntag, 22. September 2019

- 09:00 – 10:45 Arbeitssitzung der Fachausschüsse
Parallel ResoTeam
- 11:15 – 11:45 Plenum: Abstimmung über die Resolution und ggf. das Plakat
- 11:45 – 12:00 Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
- 12:00 Ende der Tagung

Resolution

Die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft im Einklang mit der UN-Kinderrechtskonvention

Kinderrechte gehören ins Grundgesetz

Die UN-Kinderrechtskonvention trat nach der Ratifizierung für die Bundesrepublik Deutschland am 5. April 1992 in Kraft. Seit 2005 arbeitet Deutschland mittels eines Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Land.

Dennoch ist es auch 27 Jahre nach der Ratifizierung nicht gelungen, alle 54 in der UN-KRK festgelegten Kinderrechte in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken, geschweige denn, sie zu realisieren.

Diese Kinderrechte sind in Verbindung mit ökologischen Rechten zu verstehen, die sich ableiten aus der Agenda 2030* in Verbindung mit der UN-KRK Art. 6 „Das Recht jeden Kindes auf Leben“, Art. 24 „Das Recht jeden Kindes auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit“ und Art. 27 „Das Recht jeden Kindes auf angemessene Lebensbedingungen“, wofür aktuell viele Kinder und Jugendliche weltweit auf die Straße gehen (Fridays for Future).

Der Bundeselternrat sieht die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention insbesondere im Bildungssystem als einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag an und fordert daher:

- vom Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern, die Kinderrechte endlich ins Grundgesetz aufzunehmen;
- die Menschenrechtsbildung nicht nur an Schulen, sondern zum Beispiel auch in Kinder- und Jugendeinrichtungen zu stärken;
- die Umsetzung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit durch die entsprechende finanzielle Ausstattung der Schulen, um die Wahrung der Kinderrechte für alle Kinder, unabhängig von deren sozialem Status, zu gewährleisten;
- die Erarbeitung und Etablierung eines pädagogisch-ethischen Kodex, der eine wesentliche Grundlage für die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sein muss;
- die allgemeine Mitsprache von Schüler/-innen an allen sie betreffenden schulischen Belangen, insbesondere aber auch die Beteiligung an regelhaften Gesprächen zwischen Elternhaus und Schule;
- die Schaffung von Transparenz spätestens ab Beginn der frühkindlichen Bildung, welche Rechte die Kinder/Jugendlichen und welche Pflichten die Erwachsenen haben;
- grundsätzlich eine offene, respektvolle und wertschätzende Haltung gegenüber dem Anliegen eines jeden Kindes bei der Umsetzung der Kinderrechte einzunehmen;
- die Einrichtung von unabhängigen Ombudsstellen für Schüler/-innen, Sorgeberechtigte und pädagogisches Personal.

Die Würde des Menschen ist unantastbar - das gilt selbstverständlich auch für unsere Kinder und Jugendlichen, die individuelle Bedürfnisse haben.

Die Resolution wurde am 22.09.2019 in Potsdam im Rahmen der 2. Fachtagung von den Delegierten des Bundeselternrats verabschiedet.

* http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/index.html

Bundeselternrat

Frühjahrsplenartagung

Potsdam, 24. - 26.05.2019

Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule

Freitag, 24. Mai 2019

16:00 - 16:15	Begrüßung
16:15 - 17:15	Eltern-Schule-Kooperation <i>Prof. Dr. Elke Wild, Universität Bielefeld</i>
17:30 - 18:30	Eltern als Bildungspartner: Wie Beteiligung an Grundschulen gelingen kann <i>Maïke Hoefst, Universität Paderborn</i>
20:00 - 22:00	<u>BER Intern</u> 1. Wahlen Teil 1: Wahlvorbereitungen gemäß § 4 WO 2. Rechenschaftsbericht des Vorstands 3. Finanzbericht 2018

Samstag, 25. Mai 2019

09:15 - 10:15	Zusammenarbeit von Eltern und Schule als Chance für Kinder und ihre Familie <i>Prof. Dr. Sabine Walper, Deutsches Jugendinstitut e.V.</i>
10:30 - 11:15	Workshops (1. Runde)
11:45 - 12:30	Workshops (2. Runde)
14:15 - 15:15	<u>BER Intern</u> Wahlen Teil 2: Durchführung der Wahlen
15:15 - 15:30	Tagungsfoto
16:00 - 18:30 Parallel	Arbeitssitzung der Fachausschüsse ResoTeam
20:00 - 22:00 Parallel	Redaktionskonferenz Teil II ResoTeam

Sonntag, 26. Mai 2019

09:00 - 10:30 Parallel	Arbeitssitzung der Fachausschüsse ResoTeam
11:00 - 11:20	Informationen zum KMK-Papier
11:15 - 11:45	Plenum: Abstimmung über die Resolution
11:45 - 12:00	Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
12:00	Ende der Tagung

Pressemitteilung

Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule

Oranienburg, den 14.06.2019

Woran „krankt“ die Elternbeteiligung an Schule?

Mit dem Tagungsthema „Elternmitarbeit als Qualitätsmerkmal an Schule“ tagte der Bundeselternrat vom 24. bis 26.05.2019 in Potsdam und eröffnete im Plenum das Themenjahr „Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung?“.

Durch die eröffnenden Vorträge der Referentinnen Frau Prof. Dr. Sabine Walper vom Deutschen Jugendinstitut, Frau Prof. Dr. Elke Wild von der Universität Bielefeld und Frau Maike Hoeft, Lehrbeauftragte der Universität Paderborn, wurde sehr deutlich, warum auf die Elternbeteiligung nicht nur in der medialen Öffentlichkeit häufig ein problematisierender Blick fällt: Nicht bekannte Zuweisungen von Aufgaben und Rollen, Überfrachtungen von Erwartungen, fehlender gegenseitiger Einblick in die Position des Gegenübers, der Systematik, in der der jeweils andere eingebunden ist, sind nur einige der bisher noch ungeklärten „Baustellen“ zwischen Schulen und Elternhäusern. „Hier ist noch ein wichtiger Forschungsbereich zu entwickeln, um die Gelingensbedingungen an Schulen zu konkretisieren und der Praxis bereitzustellen“ urteilt der Vorsitzende des Bundeselternrats, Stephan Wassmuth.

Der Bundeselternrat ist der bundesweite Zusammenschluss der zumeist auf der Basis der Landesschulgesetze durchgewählten Klassenelternvertretungen bis zur Landesebene und ist heterogen besetzt - quer durch alle Schularten. Durch den bundesweiten Austausch über gute Praxis und den neuesten Stand der wissenschaftlichen Entwicklungen qualifiziert er seine Mitgliedsverbände, damit die jeweiligen Schulverwaltungen partnerschaftlich und auf Augenhöhe begleitet und beraten werden.

Bundeselternrat

Herbstplenartagung

Potsdam, 15. - 17.11.2019

Thema: Elternmitwirkung zwischen Rechtsanspruch und Störfaktor

Freitag, 15. November 2019

16:00 – 16:10	Begrüßung, Regularien
16:10 – 17:10	Partizipation - auch der Schüler - als Voraussetzung von Bildungs- und Erziehungspartnerschaft an Schulen Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Christian Bernzen, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Arbeitsschwerpunkte: die Organisation sozialer Arbeit sowie das Recht der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen
17:20 – 18:00	BER Intern Vorstellung Haushaltsplan 2020
19:30 – 22.00 Parallel	Arbeitssitzung der Fachausschüsse Sitzung BER-Vorstand mit den Kooperationspartnern

Samstag, 16. November 2019

09:05 – 09:55	Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule am Beispiel Demokratischer Schulentwicklung <i>Dorothea Schütze, I.D.E. - Institut für Demokratieentwicklung, Berlin</i>
09:55 – 10:45	Eltern(beteiligung) als Herausforderung für die Organisation Schule und ihre Akteure. Veränderungen in Beziehungen und Zusammenarbeit von Eltern und Schulen in einem Demokratischen Schulentwicklungsprozess <i>Katjuscha von Werthern, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Hildesheim, Institut für Erziehungswissenschaften</i>
10:45 – 10:00	Vorstellung „Branchenregel Schule“ <i>Annette Michler-Hanneken, Fachbereich „Bildungseinrichtungen“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV)</i>
11:30 - 12:45	Forum: Eltern an Schule
12:45 – 13:00	Tagungsfoto
14:15 – 18:30 Parallel	Arbeitssitzung der Fachausschüsse ResoTeam
20:00 - 21:30	Verabschiedungen ehemaliger Delegierter
ab 21:30	ResoTeam

Sonntag, 17. November 2019

09:00 – 10:30 Parallel	Arbeitssitzung der Fachausschüsse ResoTeam
11:00 – 11:45	Plenum: Abstimmung über die Resolution Tagungsfeedback
11:45 – 12:00	Informationen zur weiteren Arbeit / Verabschiedung
12:00	Ende der Tagung

Resolution

Elternmitwirkung zwischen Rechtsanspruch und Störfaktor

„Störfaktor“ Elternbeteiligung als Stärkung von Schule

Die gesetzlich verankerte Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus krankt häufig. Ursache hierfür sind unklare Aufgaben und Rollen, überfrachtete gegenseitige Erwartungen und fehlende Einblicke in die jeweils andere Position und in das „System Schule“. Nach wie vor halten sich hartnäckig gegenseitige Vorurteile, die eine vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit erschweren.

In der Lehreraus- und -fortbildung ist die Beteiligung von Eltern nicht ausreichend verankert. Gleichzeitig wird der „Lern- und Lebensort Schule“ von Eltern häufig als intransparent wahrgenommen, was die gegenseitige Vertrauensbildung erschwert.

Dem gegenüber sind sich Eltern ihrer Möglichkeiten und vorhandenen Kompetenzen häufig gar nicht bewusst oder können diese nicht in ausreichendem Maß zum Ausdruck bringen und anbieten. In diesem Teufelskreis lässt die Umsetzung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft, obwohl sie gesetzlich verankert ist, noch viele Wünsche offen.

Deshalb fordert der Bundeselternrat:

- die Durchsetzung der Teilhabe an der demokratischen Gestaltung der Schule als grundlegendes Recht der Eltern;
- die bereits vorschulische Information von Eltern über ihre Teilhabe- und Mitwirkungsrechte sowie Gestaltungsmöglichkeiten (auch in ihren Muttersprachen) sowie die Öffnung der Schule für die auch anlasslose Kommunikation zwischen allen Akteuren;
- multiprofessionelle Teams an allen Schularten sowie unabhängige Beratungs- und Ombudsstellen auch zur Beratung und Unterstützung der Eltern;
- die bundesweit verpflichtende Implementierung von Kenntnissen der gesetzlichen Elternmitwirkung als Bestandteil in allen Phasen der Aus- und Fortbildung aller an Schulen Beteiligten inklusive der Referendare;
- echte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte bei der Schulorganisation und Schulentwicklung, auch an den Berufsbildenden Schulen, die mehr als die Aktivität zur Förderung des institutionellen Funktionierens sein muss und alle auch an Ausbildung Beteiligten einbezieht;
- gesetzlich verankerte Elternvertretungen mit umfassenden Mitbestimmungsrechten auf allen Ebenen durch Stärkung aller Gremien;
- die vollständige Übernahme entstehender Kosten zur Sicherung und Weiterentwicklung qualifizierter Elternarbeit durch das Land, die Zurverfügungstellung eigener Räume durch die Schulen sowie die entsprechende Freistellung zur Aufgabenerfüllung durch die Arbeitgeber;
- ein landesweites Informationsnetzwerk an/unter/zwischen Elternvertretern.

Die Resolution wurde am 17.11.2019 in Potsdam im Rahmen der Herbstplenartagung von der Delegiertenversammlung des Bundeselternrats mehrheitlich verabschiedet.

Didacta 2019

Auch im Jahr 2019 waren wir in Köln mit einem Stand auf der weltweit größten Bildungsfachmesse vertreten.



Unser besonderer Dank gilt hier unserem Kooperationspartner dem Verband Bildungsmedien e.V. (VBM), der uns seit Jahren einen Stand zur freien Verfügung gestellt hat.



Ein weiterer Dank gilt den Unterstützern beim Auf- und Abbau sowie bei der Betreuung des Standes. Hier waren vor allem Thorsten Muschinski (SH), Angelika Gorka (RP), Stefanie Hirte (TH), Bernd Schrum (HH) und Alexander Schwedt (BE) sehr aktiv.



Pünktlich zum Beginn der didacta lag auch unser Tätigkeitsbericht 2018 druckfrisch in der Materialauslage parat. Diese wurde durch die Materialien unserer Mitglieder vervollständigt und somit konnten wir ein breites Repertoire an Elternwissen unseren Besuchern präsentieren.



Auch in diesem Jahr wurde der Vorstand für eine Podiumsdiskussion angefragt.

Der Vorsitzende des Bundeselternrats Stephan Wassmuth stellte sich der Frage: „Lernen ohne Lehrer: Was ist dran am „Skandal“ Unterrichtsausfall?“ .

Das didacta-Team freut sich auf ein Wiedersehen auf der [didacta 2020 in Stuttgart](#).

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Der Bundeselternrat hat sechs Fachausschüsse:

Jedes Bundesland entsendet nach den landesspezifischen Einteilungen der entsprechenden Schularten und Formen seine Delegierten. Neben den zwei Plenartagungen im Frühjahr und Herbst gibt es je zwei Fachtagungen mit je drei Fachausschüssen. Da die Zeit auf den Tagungen limitiert ist, geben sich die Fachausschussmitglieder auch zwischen den Tagungen Unterstützung, um aktuell-politische Fragen gründlich auszutauschen. Das gemeinsame Arbeitsergebnis aller Fachausschüsse ist die Resolution.

Ausschuss für Grundschule und frühkindliche Bildung

Vorsitz: Oliver Görs (Berlin)
Stellvertretung: Sarah Terborg (Bremen)

Ausschuss für Gesamt- und Gemeinschaftsschule

Vorsitz: Judith Franz-Lehmann (Saarland) bis Nov. 2019
Markus Plaen (Berlin) ab Nov. 2019
Stellvertretung: Harald Bartke (Brandenburg) bis Nov. 2019
Claudia Martins (Thüringen) ab Nov. 2019

Ausschuss für Gymnasium

Vorsitz: Annett Grundmann (Sachsen) bis Nov. 2019
Christiane Gotte (Mecklenburg-Vorpommern) ab Nov. 2019
Stellvertretung: Angela Wieringa (Bremen) bis Nov. 2019
Roul Rommeiß (Thüringen) ab Nov. 2019

Ausschuss für Förderschule

Vorsitz: Thomas Scheel (Berlin) bis Nov. 2019
Anke Vogelsang (Sachsen) ab Nov. 2019
Stellvertretung: Friedrich-Wilhelm Behrens (Baden-Württemberg) bis Nov. 2019
Bernhard Lademann (Rheinland-Pfalz) ab Nov. 2019

Ausschuss für Berufsbildende Schule

Vorsitz: Armin Gaspers (Berlin)
Stellvertretung: Kai Bisanz (Mecklenburg-Vorpommern) bis Nov. 2019
Helmut Kinkel (Hessen) ab Nov. 2019

Ausschuss für Real- und Hauptschule

Vorsitz: Angelika Gorka (Rheinland-Pfalz)
Stellvertretung: Peter Gschrey (Bayern) bis Nov. 2019
Franka Zinke (Mecklenburg-Vorpommern) ab Nov. 2019

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Grundschule und frühkindliche Bildung“

Dem Jahresthema „Eltern im Bildungssystem – was sagt die Forschung?“ folgend, haben wir uns bei den Fachausschusssitzungen über die Entwicklung von Teilhabe und Mitbestimmung im Deutschen Schulsystem ausgetauscht. Dieser Austausch war immer vor dem Hintergrund der aktuellen schulgesetzlichen Bestimmungen. Jenseits des großen Fortschrittes auf der Ebene der Länder, deren Ministerien und Verwaltungen, erkennen wir aber weiterhin intensiven Handlungsbedarf an einzelnen Schulstandorten.

Standen 2018 noch die Wesensmerkmale von schulischer Bildung im Deutschland des 21. Jahrhunderts Gebäude und Pädagogen zentral im Fokus unserer Arbeit, thematisierten wir 2019 umfangreich die Ganztagschule.

Nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch die Erkenntnis, dass längeres gemeinsames Lernen für die Entwicklung von Gemeinschaft und sozialer Verantwortung entscheidend sind für einen Bildungserfolg von allen Kindern, zeigen, dass der Ausbau von einem rhythmisierten Ganztag ein Ziel ist, dem immer mehr Eltern in Deutschland positiv gegenüberstehen.

Die Politik einzelner Bundesländer erkennt dieses in zunehmendem Maße, wobei wir im Ausschuss uns en detail immer wieder mit den Fragen von guter Ganztagschule auseinander setzten. Ein elternkostenbefreites Mittagessen, eine Abschaffung der Zugangsberechtigung zum Ganztag bis 16 Uhr (Abschaffung der Bedarfsprüfung), sowie weitere finanzielle Entlastungen von politischer Seite gegenüber Eltern sind eine Basis von kostenfreier Bildung von Kita bis zum Schulabschluss. Bildung und damit Qualifizierung zur Teilhabe an unserer Gesellschaft muss für jedes Kind barrierefrei möglich sein.

Ein weiterer Komplex, war das Thema der bundesweit fehlenden Pädagogen. Leider ist es weiterhin nicht zu einer nationalen Kampagne für eine Werbung zu pädagogischen Berufen gekommen. Die Bundesländer agieren je für sich und operieren kurz- und mittelfristig mit dem Quer- und Seiteneinstieg. Die Zahlen der in den nächsten Jahren anstehenden Pensionen in allen Bundesländern lassen uns jedoch immer kritischer schauen im Ausschuss auf das Agieren von Politik und Verwaltung. Die Wahlerfolge von extremen Parteien haben wir auch vor dem Hintergrund von gelungener bildungspolitischer Arbeit stetig beleuchtet und diskutiert.

Die Herausforderungen müssen angenommen und durch demokratische Politik bewältigt werden. Glaubwürdigkeit von Politik zeigt sich am Ende an jedem Standort einer Grundschule in Deutschland hinsichtlich der sanierten Räumlichkeiten, einer modernen Ausstattung und von vielen motivierten Pädagogen, die unseren Kindern, egal wo diese geboren worden sind, bestmögliche Bildungschancen bereiten können. Bildungspolitik ist wahlentscheidend für die Menschen; dieses haben wir mehrfach analysiert und besprochen in unseren Sitzungen.

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Real- und Hauptschule“

Während der Tagungen und den Gesprächen im Ausschuss über die aktuellen Ländersituationen, sprachen wir über die Weiterentwicklung der Realschulen und Hauptschulen, ihren Zusammenlegungen und den Übergang zwischen Schule und Beruf. Zum vorherrschenden und schulartspezifisch besonders großen Lehrermangel besprachen wir die Auswirkungen auf die Ganztagschulen bzgl. der Betreuung, Klassengröße, Zustand der Schulgebäude, Übernahme der ausgebildeten Lehrer in Festverträge, Abschaffung der Zeitverträge für Lehrer, Inklusion und Migrationsumsetzung in der Schule. Dabei ergaben sich unweigerlich auch die folgenden Themen: Schulentwicklungspläne, Entwicklung von Qualitätsmanagement, Medienbildung und Digitalisierung und deren Umsetzung auf der jeweiligen Landesebene. Weitere Themenbereiche haben wir im Fachausschuss an- und besprochen: Nachhaltigkeit in Schulen, Schülertickets und die Fahrtkostenübernahme für Berufsschüler. Der Bedarf von Informationsveranstaltungen für Eltern über ihre Rechte und Pflichten und nach einheitlichen Informationsmaterialien für Eltern und Elternvertreter im Ehrenamt, Mitbestimmung der Schüler*innen in allen Bildungsbelangen und noch manches mehr wurde deutlich.

Unsere Zusammenarbeit hat uns auch in diesem Jahr klar vor Augen geführt, wie groß die Unterschiede in den 16 Bundesländern sind! Das Gelingen einer umfassenden Schulausbildung hängt noch viel zu oft davon ab, in welchem Bundesland, in welcher Stadt und in welcher Region und Bildungsumfeld ein Kind aufwächst. Nicht selten kommt es bei einem Umzug in ein anderes Bundesland zu einem nicht zu verantwortenden Bruch der Schullaufbahn.

Die landesspezifischen gesetzlichen Regelungen im Bereich der Inklusion, Migration und der UN- Kinderrechtskonvention müssen eingefordert, umgesetzt, ständig verbessert und in eine bundeseinheitliche Umsetzung geändert werden.

Das Jahr 2019 brachte unserem Ausschuss auch einige Änderungen:

- 1) Unser langjähriges und sehr geschätztes Ausschussmitglied Frau Carmen Haaf aus Baden-Württemberg wurde auf der Frühjahresplenartagung in den BER-Vorstand gewählt. Ihre Persönlichkeit, ihre Mitarbeit, ihre Fachkenntnisse und ihr Wille, für unsere Kinder noch bessere Unterstützung und Rahmenbedingungen im Bildungswesen zu bewerkstelligen, werden uns in der direkten Ausschussarbeit sehr fehlen.
- 2) Bei den turnusmäßigen Wahlen innerhalb der Herbstplenartagung (HPT) wurden Frau Angelika Gorke aus Rheinland-Pfalz als Vorsitzende bestätigt und Frau Franka Zinke zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.
- 3) Bedanken möchten wir uns bei Herrn Peter Gschrey aus Bayern, der das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden seit der HPT 2017 ausgeübt hat. Seine weitreichenden Fachkenntnisse stellt er dem Ausschuss weiterhin zur Verfügung.

Die Mitglieder des Real- und Hauptschulausschusses und die übrigen BER-Mitglieder arbeiten zusammen daran, die bestehenden Unterschiede in aktuelle und zukünftige Gemeinsamkeiten umzuwandeln!

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Gesamt- und Gemeinschaftsschule“

Ende März fand die Fachausschusstagung gemeinsam mit den Delegierten der Grundschulen und Berufsbildenden Schulen statt. Anhand des Tagungsthemas erarbeiteten die Delegierten Thesen und Forderungen. Neben den in die Resolution eingebrachten Punkten entstand eine rege Diskussion über die unterschiedlichen Schulkonzepte der Gesamt- und Gemeinschaftsschulen. Es wurde versucht, die Schulkonzepte bundeslandübergreifend nach folgenden Differenzierungslinien zu vergleichen:

- Schulkonzepte
- Verortung im Schulsystem
- Organisation der Sekundarstufe 2
- Zugangsvoraussetzungen
- Abschlussmöglichkeiten
- Binnendifferenzierter Unterricht
- Aspekt des längeren gemeinsamen Lernens

Eine Konsequenz, die aus dieser Arbeit resultierte, war die Umbenennung des Ausschusses in: Gesamt- und Gemeinschaftsschulsausschuss (bisher hieß der Ausschuss Gesamtschulsausschuss). Hiermit soll die Heterogenität und unterschiedlichen Schultypen, die dieser Ausschuss vertritt, betont werden.

Während der Frühjahrspenartagung besprachen die Delegierten aktuelle Themen aus den jeweiligen Bundesländern, wie Änderungen der einzelnen Schulgesetze. Es entspann sich eine rege Diskussion zu speziellen Paragrafen, zu denen die Delegierten Erfahrungen aus ihrem jeweiligen Wirkungskreis beitragen konnten. Gerade dieser Austausch wird von den ElternvertreterInnen als sehr befruchtend und bereichernd empfunden.

Ein weiterer wichtiger Punkt war das Thema Kommunikation und Partizipation innerhalb des Ausschusses. Hier erarbeiteten die Delegierten eigene Kommunikations- und Moderationsstandards, die zukünftig angewendet werden sollten.

Die Herbstplenartagung war durch die Neuwahl des neuen Ausschussvorsitzenden und dessen Stellvertreterin dominiert. Gewählt wurden aus dem Bundesland Berlin Marcus Plaen (Vorsitz) und Claudia Martins (Stellvertreterin) aus dem Bundesland Thüringen. Beide stellten ihr Selbstverständnis der Organisation der Ausschussarbeit detailliert vor. So soll die Organisation der Ausschussarbeit paritätisch erfolgen. Durch die Arbeit und Absprache als Tandem wird versucht, die Kommunikationskultur im Ausschuss zu verbessern und innerhalb des Ausschusses die Arbeitsabläufe transparenter für die Delegierten aufzuarbeiten. Um die Vernetzung und Partizipation innerhalb des Ausschusses zu erhöhen, wurde die Möglichkeit diskutiert, verschiedene Messenger und Arbeitsplattformen in die Ausschussarbeit zu implementieren. Als Probe wird ein gemeinsamer Discordserver aufgesetzt, der allen Mitgliedern eine sehr niederschwellige Nutzung ermöglicht. Der Server soll mit Sprach- und Textkanälen ausgestattet werden, so dass die einzelnen Delegierten sich zu bildungsrelevanten Themen wie Digitalisierung, Lehrermangel usw. jederzeit austauschen können. Positiv wurde in diesem Zusammenhang die neue Organisation der Resolutionsarbeit aufgenommen: Die gemeinsame Nutzung von Online Textverarbeitungsprogrammen macht die Resolutionsarbeit partizipativer und transparenter.

Wichtig wäre hier die Schulung der Delegierten in der Nutzung der beschriebenen Technik, um Frustrationen zu vermeiden und den partizipativen Vernetzungsgedanken zu stärken.

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Gymnasium“

„Anregung – Anerkennung – Anleitung – diese „3A“ Regel sollte in lebendiger Balance gehalten werden, ungefähr so, wie die Bälle eines Jongleurs, die sich immer in der Luft befinden – fällt einer der Bälle, muss er aufgehoben werden, sonst nimmt das Kind Schaden.“ Diese Aussage stammt von Adolf Timm, einem ehemaligen Schulleiter.

Was bedeutet diese Regel, dieses Bild, für die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schule und Schülern? Welches Rollenverständnis, welche Gewichtung entsteht für jede der genannten Gruppen durch die oben genannte Aussage für diese Zusammenarbeit? Ist es unerlässlich, dass sich jede der genannten Zielgruppen bewusst ist, dass sich keine losgelöst von den anderen wahrnehmen darf? Grundsätzlich sind Eltern in der Hauptverantwortung für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Wenn Sie nach den Maßstäben der „3A´s“ durchgeführt wird, wie groß ist dann der Einfluss den Schule nehmen darf?

Der Ausschuss Gymnasien hat sich den vorgenannten Fragen im Jahr 2019 intensiv gewidmet. Aus seiner Sicht ist die Elternmitwirkung ein elementarer Bestandteil der Eltern-Schule-Beziehungspartnerschaft. Elternmitwirkung sichert allein durch die Beteiligung einen Standard bezüglich der Schulqualität. Die Mitglieder des Ausschusses halten den zusätzlichen Bedarf an externen Evaluationen für unabdingbar. Nicht, um die Arbeit innerhalb einer Schule zu kontrollieren, sondern um allgemein gute Maßstäbe für Qualitätsansprüche zu setzen, Fortschritte messbar zu machen, und überhöhte Ansprüche (auch von Elternseite) aufzuzeigen.

Elternarbeit und die Einhaltung der Kinderrechte stehen in direktem Zusammenhang mit Akzeptanz, Wärme, Liebe, aber auch der Stimulation, Leistungsmotivation und Herausforderung von Kindern und Jugendlichen. Diese Prozesse benötigen eine gute, strukturierte und wertschätzende Führung in den Bildungseinrichtungen.

Der Ausschuss Gymnasien hat sich deshalb im Jahr 2019 im Besonderen mit dem thematischen Ansatz des Lehrermangels beschäftigt. Hierzu gibt es inzwischen aus den meisten Bundesländern große Befürchtungen, dass durch die vielen Arten von Quer- und Seiteneinsteigern, vor allem auf gymnasialer Ebene, der Qualitätsanspruch in der Lehre nicht mehr gehalten werden kann. Der Ausschuss Gymnasien fordert einen systematischen Ansatz zur Gewinnung von Lehrpersonal, denn sonst wird es zu Schieflagen in Bezug auf Bildung kommen. Allerdings zeigen die Erfahrungen einiger Elternvertreter, dass in manchen Bundesländern, die Zahlen für die Berechnung von benötigtem Fachpersonal wieder in angepassten Statistiken enden, und Studienplätze nur bedingt in vollem Maße geplant werden. Auf diese Problematik sollte der Bundeselternrat in den nächsten Wochen und Monaten gezielt achten und entsprechend gegensteuern.

Gerade innerhalb der Ausschussstruktur zeigt sich mit jeder Sitzung die Vielfältigkeit der föderalistischen Schullandschaft bundesweit. Die Ländervertretungen profitieren immens von dem großen Wissenspool, den wir Elternvertreter in der Ausschussarbeit bilden. Im Rahmen der internen Zeit konnte der Ausschuss sich auch dieses Jahr noch mit weiteren spannenden Themen auseinandersetzen. Allem voran das Thema Digitalisierung.

Die scheinbar permanent geführte Debatte, um den immerwährenden Wechsel zwischen G8 und G9 wurde diesmal sehr von der Thematik der Gemeinschaftsschulen überlagert. Welche Bedeutung nimmt die Gemeinschaftsschule in diesem Kontext ein? Inwieweit führt das Modell der Gemeinschaftsschulen wirklich zum Erfolg? Mit diesen Fragen wird sich der Ausschuss voraussichtlich auch noch im Jahr 2020 beschäftigen.

Im Herbst hieß es dann allerdings auch Abschiednehmen. Mit der Herbstplenartagung wurde für den Ausschuss ein neues Team gewählt. Der Ausschuss Gymnasien wird nun von Christiane Gotte (Mecklenburg-Vorpommern) und Roul Rommeiß (Thüringen) für die nächsten zwei Jahre geleitet. Alles Neue bedeutet in der Regel auch etwas Altes hinter sich zu lassen. Der stetige Wandel in der Elternarbeit ist sicherlich ein wichtiger Faktor, um als Elternsprecher immer seiner vordefinierten Rolle als Multiplikator zu dienen, aber auch der meist schmerzlichste Punkt in Rahmen der Ausschussarbeit. In dem Zeitraum der jahrelangen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Ausschusses sind neben einem enorm großen Wissens- und Erfahrungsschatz auch Freundschaften entstanden. Nichtsdestotrotz gilt es auch diese respektvollen und tolle Mitglieder zu verabschieden, wie in diesem Jahr Angela Wieringa, die bisherige Stellvertreterin des Ausschuss Gymnasien. Vielen Dank für Engagement, Leidenschaft und viele interessante Denkansätze im Sinne der Elternarbeit!

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Förderschule“

2019 war die didacta in Köln. Dieses Mal trafen sich nicht nur einige Delegierte aus unserem Ausschuss an einem Februar-Wochenende zum Besuch der Bildungsmesse und entsprechend auch des BundesElternRat(BER)-Stands, sondern Delegierte aus dem Fachausschuss (FA) Förderschule (FöS) hatten sich frühzeitig auch für die Betreuung des BER-Stands zur Verfügung gestellt.

Auch im Kalenderjahr 2019 war unser Schwerpunkt-Thema weiterhin die FÖDERSCHULE. Insbesondere die Regelungen/Richtlinien in den Bundesländern zur Festlegung des sonderpädagogischen Förderbedarfs bzw. zur Festlegung der sonderpädagogischen Förderschwerpunkte und die entsprechend ggf. vorhandenen Regelungen zur Überprüfung und Einhaltung wurden im FA besprochen. Aus den gesammelten Sachverhalten wurde dann das folgende Positionspapier erarbeitet und einstimmig verabschiedet:

Position des Fachausschusses für Förderschulen des Bundeselternrats,

erstellt bei der Fachausschusstagung des BER vom 20. – 22.09.2019 in Potsdam

Jedes Kind hat das Recht auf ein passendes Bildungsangebot -

sonderpädagogischer Förderbedarf muss regelmäßig und unabhängig überprüft werden

Nenad M. wurde jahrelang grundlos an einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung festgehalten. Dadurch wurde ihm eine angemessene Bildung versagt. Das Landgericht Köln verpflichtete das Land NRW deswegen zu Schadensersatz und Schmerzensgeld.

Vermutlich führten Nenads mangelnden Deutschkenntnisse zu einer ersten Fehleinschätzung, die im Laufe der Jahre nicht korrigiert wurde. Mittlerweile wurde bei ihm ein normaler IQ nachgewiesen, er hat eine Regelschule besucht und den Hauptschulabschluss erreicht.

Der Fall ist nur die Spitze eines Eisberges von Kindern, die irrtümlich für geistig behindert gehalten werden und deswegen eine Förderschule besuchen müssen. Jede Schülerin und jeder Schüler hat das Recht auf bestmögliche Bildung, die ihre/seine Potenziale entfaltet. Niemand darf in seiner Entwicklung eingeschränkt werden, weil ihm irrtümlich nur das limitierte Bildungsangebot einer Förderschule zur Verfügung gestellt wird.

Der Fachausschuss für Förderschulen des Bundeselternrats hat die einschlägigen Regelungen aller Bundesländer überprüft. Um Fehleinschätzungen künftig zu vermeiden, fordert er:

- Kommunikative Barrieren wie mangelnde Deutschkenntnisse, Autismus, Mutismus, Sprachstörungen und anderes müssen vor dem eigentlichen Diagnoseverfahren identifiziert und bei der Diagnostik überbrückt werden, damit sie nicht zu Fehleinschätzungen führen.*
- Alle Testungen auf sonderpädagogischen Förderbedarf finden im gewohnten Umfeld des Kindes statt.*
- Der sonderpädagogische Förderbedarf wird regelmäßig jährlich überprüft, auf Verlangen der Erziehungsberechtigten oder der Schülerin / des Schülers zusätzlich auch außerhalb dieses Zyklus.*
- Alle 3 Jahre wird diese Regelüberprüfung durch unabhängige, schulexterne Experten vorgenommen, auf Verlangen der Erziehungsberechtigten oder der Schülerin / des Schülers zusätzlich auch außerhalb dieses Zyklus.*
- Eltern und betroffene SchülerInnen haben das Recht, kostenfrei eine Zweitmeinung von einem Experten eigener Wahl einzuholen.*
- Diese Regelungen werden in das Schulrecht eines jeden Bundeslands aufgenommen.*

Weiterhin haben wir uns gegenseitig innerhalb des turnusmäßigen Tagesordnungspunktes - Update Inklusion- über die aktuellen Stände und Entwicklungen in den Bundesländern zu Inklusion informiert.

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse

Fachausschuss „Berufsbildende Schule“

Zu Gast im Ausschuss waren der Schulleiter Herr Mani Taghi-Khani und der Lehrer Herr Dr. Roger Wieneke der Kooperativen Gesamtschule Schneverdingen. Sie stellten das Modell „JOBwärts“ zur Berufsorientierung vor. Hauptschulabgänger haben im allgemeinen geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz. JOBwärts greift hier ein und unterstützt die Jugendlichen bei der Berufsfindung. Ab der 9. Klasse werden den Schüler*innen wöchentlich fachpraktisch unter Einbeziehung von Ausbildungsbetrieben die wesentlichen Inhalte des 1. Ausbildungsjahres vermittelt. JOBwärts wurde von den Schüler*innen und auch von potentiellen Ausbildungsbetrieben nicht nur positiv aufgenommen, sondern auch erfolgreich umgesetzt. Der Ausschuss Berufsbildende Schulen sieht in dem Projekt eine potenzielle Antwort auf viele Probleme der Jobfindung

Im Gremium erfolgte ein reger Austausch hinsichtlich der Mitbestimmungsrechte und Unterstützungsleistungen der einzelnen Elternvertretungen auf kommunaler, Kreis- und Länderebene.

Die Ergebnisse hierzu werden zusammengetragen.

Die Einstiegsqualifizierung (EQ) wurde im Ausschuss über mehrere Sitzungen hinweg thematisiert und diskutiert. Hierbei handelt es sich um ein Langzeitpraktikum im Zusammenwirken der Agenturen für Arbeit mit den Kammern (z. B. Handwerkskammer, IHK) und ausbildenden Betrieben. Ziel der EQ ist die anschließende Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis.

Der BBS beschließt, dass ein Fragenkatalog erstellt wird, den die Mitglieder in ihren Ländern an der Durchführung der EQ beteiligten Gremien abfragen. Ziel ist es, eine gemeinsame Übersicht daraus zu erstellen und dem Ausschuss zur Optimierung der Prozesse im eigenen Land zur Verfügung zu stellen und gegebenenfalls bei einer der nächsten Tagungen des BBS eine gemeinsame Forderung formuliert wird.

Petra Müller erstellte diesen Fragenkatalog, der von den Ausschussmitgliedern besprochen und bearbeitet wurde.

Die ersten Ergebnisse wurden vorgetragen und in einer Exceltabelle erfasst.

2019 erfolgte ein kurzer Sachstandsbericht zur Elternmitwirkung bei über 18-jährigen Schülerinnen und Schülern. Außer in den drei Bundesländern Saarland, Baden-Württemberg und Bayern, enden die Mitwirkungsrechte der Eltern mit der Volljährigkeit ihrer Kinder. Dies ergibt sich aus den einzelnen Schulgesetzen der Länder.

Es wurde im Ausschuss beschlossen, dass der Fachausschuss BBS des BER den einzelnen Ländern Unterstützung anbietet. Die bisher verfassten Stellungnahmen, Anträge, etc. zu diesem Themenbereich können den Ländern als Argumentationshilfe zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss stellte im Jahr 2019 unter anderem folgende Forderungen:

- Elternpartizipation soll so lange gelten, solange die Schülerin/der Schüler sich in einer schulischen Ausbildung befindet.
- Elternbeteiligung muss in allen Schulformen (inkl. der BBS) installiert, unterstützt, gefördert, qualitativ/quantitativ gemessen und erforderliche Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden.
- Es muss eine verfassungsgemäße Elternpartizipation in den Schulgesetzen aller Bundesländer verankert sein und Fortbildungsangebote für Eltern eingerichtet werden.
- Eltern sollen solange Eltern in Bildungseinrichtungen vertreten, solange sie dort Kinder haben. Eltern und Schule tragen einen gemeinsamen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Diese kann nicht allein mit dem Alter des Kindes abrupt enden.

In allen Bundesländern herrscht ein gravierender Lehrermangel – von der Grundschule bis zu den Berufsschulen/Berufskollegs. Es stellt sich die Frage, wie diesem Lehrkräftemangel entgegengewirkt werden kann. Daher tauschten sich die Mitglieder über die Prognose der Schüler*innenzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen in den Ländern bis 2030 der Gewerkschaft Bildung und Wissenschaft aus. (Studie von Dieter Dohmen und Maren Thomsen, Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie)

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse



Fachausschuss der Förderschule



Fachausschuss der Berufsbildende Schule



Fachausschuss der Real- und Hauptschule

Tätigkeitsberichte

Fachausschüsse



Fachausschuss der Grundschule und frühkindliche Bildung



Fachausschuss der Gesamt- und Gemeinschaftsschule

Tätigkeitsberichte

Feedback/Erfahrungsberichte von Delegierten

Erfahrungsbericht Judith Franz- Lehmann (ehemalige Landesvorsitzende Saarland)

Während der langen Zugehörigkeit im BER habe ich mich vertieft mit den Fragen beschäftigt: „Wo spreche ich wie?“ – zielgruppenorientierte Ansprache, „Welche Aufgabe und Rolle habe ich gerade?“ – Klärung der Identität, und „Welches Amtsverständnis habe ich?“ – eigene Ansprüche definieren.

Der Spagat zwischen der Kommunikation zunächst als Mutter eines Kindes, dann als Elternvertreterin einer Klasse, einer Schule, des Landes oder gar des Bundeselternrates verlangen je nach Ort und Zusammenhängen zwar Teil der Ursprungs-Gruppe zu bleiben und dennoch den Horizont so zu erweitern, die Kommunikationsebenen und Rollen klar abzugrenzen und angemessen zu wechseln.

Das bedeutet auch die anspruchsvollen Bestellungen der Eltern an die Elternvertretung eigenständig und selbstbestimmt zu sieben, aber auch zu leben. Auf der Landesebene durfte ich bei der Gesetzgebung Einfluss nehmen. Aber erst durch die Weiterbildung durch die wissenschaftlichen Referenten und Best-Practice-Beispiele bundesweit wurden wir Elternvertretungen auf der Landesebene als kompetente Referenzgruppe durch die Wissenschaft zitiert und durch die Politik wahrgenommen.

Die Wertschätzung durch eine Kommunikation auf Augenhöhe mit den Landesministerien im Zuge der Frankreichstrategie des Saarlandes, in der die Landeselternvertretung durch die Resolution des Bundeselternrates zu grenzübergreifendem Lernen (2017) und durch fachwissenschaftliche fundierte Argumentationsketten den Blick der Politik auf die Umsetzbarkeit der Mehrsprachigkeit unseres Landes erheblich beeinflussen konnten, wäre ohne den Bundeselternrat mit dieser Kraftentfaltung nicht denkbar gewesen.

Aber auch zum Thema Inklusion haben wir viele erhellende Informationen bekommen, die uns Eltern so gebündelt nicht zugänglich gewesen wären.

Die Inspirationen, gepaart mit eindeutigen Informationen, haben uns in der Entwicklung zu souveränen und (selbst)verantwortlichen Elternvertretungen sehr befördert.

Interview mit Armin Gaspers (Bezirk Berlin-Mitte / FA-Vorsitzender Berufsbildende Schulen im BER)

Gab es Inspirationen aus dem BER für Deinen Alltag als Elternvertreter?

„Der Bundeselternrat bietet durch seine hohe Fluktuation die Gelegenheit darüber nachzudenken, wie andere Gremien mit ähnlich hohem personellen Wechselanteil sich trotzdem effektiv auf die Arbeit fokussieren können. Anders als der Landeselternausschuss Berlin, der mittlerweile eine kontinuierlich gewachsene Gremienkultur aufweist, war die Reflexion über die Steuerung von einem durch personellen Wechsel begleiteten Bundeselternrat sehr befruchtend für meine Arbeit im Bezirksgremium. Darüber hinaus hat unser Bezirk natürlich auch sehr viel von der thematischen Setzung und von den vielfältigen Referenten profitiert.“

Inwiefern?

„So habe ich einige Themen, die ich aus dem Bundeselternrat mitnahm, wie die „berufliche Einstiegsqualifizierungen“, „Jugendberufsagenturen“ oder die „Schulwegeplanung“ im Bezirk nicht nur mit Elternvertretern diskutiert, sondern tatsächlich auch spürbare Weiterentwicklungen befördern können, indem wir für uns in Berlin politisch dafür einsetzten, dass die Sanktionen der Jugendberufsagenturen als unvorteilhaft nicht miteingeführt wurden oder auch bei den Diskussionen zu den VERA-Tests in den dritten und achten Jahrgängen mit aufschlussreichen Informationen über die Zielsetzungen und zum Forschungsstand viele Fehlmeinungen vermeiden helfen konnten.“

Tätigkeitsberichte

Feedback/Erfahrungsberichte von Delegierten

Wie siehst Du den Austausch?

„Als hilfreiche Horizonterweiterung: Durch den Blick von außen können fest eingefahrene Länderspezifika – vor allem die eigenen – relativiert werden. Diese werden hinterfragt, wenn man aus erster Hand von der gelebten Praxis anderer Bundesländer erfährt. Der Austausch von gelebten Beispielen – positiven als auch negativen – verändern den Blickwinkel. Aus den Diskussionen gehen neue Einsichten hervor, die aus einer gewissen Schwarmintelligenz gespeist sind.“

Als horizonterweiternd empfinde ich auch die Forschungsorientierung durch gute Referenten aus der Wissenschaft. Dies ist für die Praxis vor Ort, mit der wir uns ständig beim Schulträger beschäftigen ungemein unterstützend.“

Der Bundeselternrat, ein Reservoir an Wissen, Ideen und Motivation für Elternvertreter

„ Aus NRW kommend war ich als Elternvertreterin in meinem neuen Bundesland erstaunt, dass vieles nicht selbstverständlich ist, was ich bis dahin für selbstverständlich hielt. Während die Demokratie, in Form von paritätischer Mitbestimmung in NRW auf Schulebene aktiv gelebt wurde, gab es darüber hinaus keine gesetzlich verankerte Elternmitwirkung. In RLP gab es dagegen keine paritätische Mitbestimmung auf Schulebene, dafür durfte ich in der Elternvertretung bis auf ministerieller Ebene beratend tätig sein. Diesen „Kulturschock“ habe ich gut überwunden, indem ich diese guten unterschiedlichen Erfahrungen als erstrebenswert zu einem schulpolitischen Ziel verband. Zur wirklichen Mitbestimmung gehört es diese in der Schule, als auch auf den darüber liegenden Ebenen durchzusetzen und zu leben. Mit dem Eintritt in den BER konnte ich diesen Austausch mit vielen aktiven Eltern pflegen. Dieses ist für die Vertretungen der Länder und auch für die Lebendigkeit des BERs essenziell. Der Austausch gab und gibt unserem Land hervorragende Impulse, gleichzeitig profitieren die anderen Länder von den Erfahrungen aus RLP. Zu nennen ist da z.B. die G8 Diskussion, wo wir Eltern uns sehr früh gegen eine generelle Einführung ausgesprochen haben, da wir im Austausch mit anderen Ländervertretern die Nachteile von G8 erfahren konnten. RLP ging daraufhin einen eigenen Weg, der sich bis heute als richtig erweist. Die Änderung des Überganges auf der Gesamtschule, von der 10. Klasse in die Mainzer Studienstufe, wurde angepasst. Auch hierbei konnten durch den Austausch im BER, überzeugende Argumente gefunden werden, die den Prozess unterstützen. Die Mitbestimmung der Elternvertreter auf Schulebene wurde durch vielfältiges Stimmrecht ausgebaut. Das wichtigste schulische Gremium, der Schulausschuss, wurde gestärkt und die Aufgaben ausgeweitet. Ohne den BER würden viele Impulse für gute Elternarbeit fehlen. Best Practice aus den Ländern bietet gute Argumentationshilfen, um weitere positive Veränderungen in den Ländern durchzusetzen. Auch die kompetenten Fachvorträge helfen in den Ländern das Wissen um Schule und Schulkonzepte zu vergrößern und konstruktive Diskussionen in Gang zu bringen. Ich bin nach jeder Tagung mit vielen neuen Ideen und gestärkter Motivation in mein Land zurückgefahren.“

Isabel Neubauer

Mutter von 5 Kindern und bisher insgesamt 60 Schuljahren Elternvertretung

8 Jahre Elternvertreterin an Grundschule und Gymnasium in NRW

14 Jahre Elternvertreterin an GS, IGS und Gymnasium in RLP

Regionalelternbeirat, Landeselternbeirat und Bundeselternrat

Tätigkeitsberichte

Feedback/Erfahrungsberichte von Delegierten

Der Bundeselternrat und ich

Sechs Jahre Bundeselternrat (BER ≠ Flughafen!) erscheinen im Rückblick ziemlich lang und waren doch kurz.

2013 lernte ich dieses Gremium kennen, das etwas Außergewöhnliches ist. 16 Bundesländer, 16 Schulsysteme, 16 verschiedene Organisationsstrukturen der Elternarbeit. Deswegen fragil aber gleichzeitig unglaublich interessant.

Jedes Mal in anderer Besetzung. Eine immense Herausforderung für alle Akteure, denn, wer ist denn nun der Bundeselternrat?

Um es sinngemäß mit den Worten des ehemaligen Vorsitzenden, Hans-Peter Vogeler, zu sagen: „Nicht der Vorsitzende, nicht der Vorstand oder der Hauptausschuss, nein, jeder Einzelne von Euch ist der BER. Wir sind der BER!“

Worte, die ich am Anfang nicht so recht verstand, die mir aber mehr und mehr bewusst worden, je länger ich dabei war. Dieses heterogene, mit starken Persönlichkeiten besetzte Gremium, immer wieder zu einen – eine der vornehmsten und schwierigsten Aufgaben des Vorstandes überhaupt (auch wenn dies nicht so explizit in der Satzung steht).

Je schwieriger es wird, desto stärker müssen die Delegierten dieses Wir-Gefühl mitnehmen, in ihre Länder tragen und, vor allem leben.

In einer freundlichen Umgebung boten sich Zeit, um über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen, Chancen, Themen einzubringen und nachzuverfolgen.

Der Blick über den Tellerrand:

Ein aktiver Austausch über die aktuellen bildungspolitischen Themen in den Mitgliedsländern. Hört genau hin. Wenn ein Thema in vielen Ländern präsent ist, arbeitet sofort daran, ausschussübergreifend. Verschafft Euch dazu Gehör. Verfolgt aufmerksam, woran die KMK arbeitet, oder arbeiten will. Sorgt mit eurer Kenntnis dafür, dass der Vorstand ein bestens informierter Gesprächspartner der KMK ist und sein kann. Gestaltet auf diese Weise die Lern- und Bildungserfolge aller Kinder mit.

Nehmt auch vermeintliche Randthemen in den Blick. Sie lohnen sich. Ladet Wissenschaftler ein und stellt Fragen, die die Forschungen inspirieren und voranbringen. Und fragt nach, was daraus geworden ist, welche Antworten man auf Eure Fragen gefunden hat.

Und geht auf Entdeckungsreise. Lernt außerschulische Lernorte in Potsdam und Umgebung kennen. Diese Orte sind sehr inspirierend. Entdeckt die Wissenschaft vor Ort. Seid aktiv und neugierig auf all die Möglichkeiten, die das Lernen, im weitesten Sinne, vorantreibt und verändern kann. Denn dabei lernt Ihr selbst, bildet Euch weiter und könnt neue Fragen und Thesen entwickeln.

In diesem Sinne: Seid der BER! Seid neugierig auf Neues, entwickelt es weiter und habt einen hohen Anspruch an Euch selbst.

Vielen Dank für die Zeit im BER, in der ich mich, auch als Persönlichkeit, sehr weiterentwickeln konnte.

Danke, für die inspirierenden Vorträge, Gedanken und Mitstreiter, kontroverse Diskussionen und anstrengende Arbeit.

Besonders herzlich Danke ich dem letzten Hauptausschuss, meinem Ausschuss. Ich ward eine tolle Truppe, konntet Euch auf viele meiner Ideen und Vorschläge einlassen und habt sehr aktiv mitgearbeitet. Auf Euch konnte ich mich immer verlassen! Nehmt diese Haltung mit in Eure neuen Ausschüsse.

Danke auch an den Vorstand, der manche Idee aufgegriffen und umgesetzt hat. Das zu erleben, ist großartig.

Entwickelt Euch weiter, bleibt länderübergreifend an den bildungspolitischen Themen, und, habt Spaß dabei!

Herzlichst, Vera Greifzu-Schneider (letzte FA-Vorsitzende der Hauptschulen im BER)

Tätigkeitsberichte

Feedback/Erfahrungsberichte von Delegierten

Bericht von Norman Heise, Berliner Landesvorsitzender seit August 2014

Die per Schulgesetz verfasste Elternvertretung des Landes Berlins heißt Landeselternausschuss LEA und befasst sich mit weitreichenden Themen der Bildungslandschaft von Schul- und Unterrichtsqualität, über Lehrkräftemangel bis Schulbau. Da der LEA anders als in anderen Bundesländern vom direkten Anhörungsprozedere durch den Landesschulbeirat entlastet ist, der diese Aufgabe übernimmt, hat er seinen Fokus auf Themen aus der Elternschaft, die er aus der Eigeninitiative heraus tiefgründig bearbeitet.

Über die Jahre ist der LEA daher zu einem auch jenseits der Senatsbildungsverwaltung viel geschätztes Gremium geworden und berät auch andere Senatsverwaltungen, wie die für Finanzen, der Stadtentwicklung oder der Wissenschaft. Es war naheliegend, dass dringende Bildungsthemen wie der Schulbau, Inklusion und Lehrkräftebildung nicht allein in Gesprächen mit der originär zuständigen Verwaltung politisch vorangebracht werden können. Viele Probleme sind komplexer und reichen über die Grenzen eines Ressorts hinaus. Da heißt es: Bewusstsein und Transparenz schaffen! Zum Beispiel wurde bei der vertieften Betrachtung der Qualität des Schullebens deutlich, dass die Systematik des Landeshaushalts dafür sorgte, dass immer weniger Geld für gutes Essen bereitgestellt wurde und eine Abwärtsspirale systemisch erzeugt wurde. Mit der kontinuierlichen Herausarbeitung der pädagogischen Aspekte im verlängerten Schulalltag, zum chancengerechten Zugang, Beteiligung und Demokratielernen, aber auch der notwendigen Verantwortlichkeiten, die sich mit personellen Strukturen und dem Mensa-Bau beschäftigten, konnten auch Haushälter überzeugt werden. Mittlerweile ist es Konsens in der Berliner Politik, dass das Schulleben so wertvoll ist, dass es allen Kindern mit bundesweit erstmalig verbindlichen Qualitätsstandards mit einem 50%igen Bio-Anteil und einer einzigartigen Kontrollstelle zugänglich gemacht wird – trotz aller Stolpersteine.

Die durch die Elternschaft geforderte staatliche Schulinspektion bezog von Anfang an die ehrenamtliche Mitarbeit dafür geschulter Eltern bei der Vor- und Nachbereitung bis hin zur Visitation, kriterialer Bewertung und Auswertung als „Critical Friends“ ein. Die Transparenz zur Veröffentlichung der Inspektionsberichte schafft Vertrauen zwischen dem Schulwesen und der Öffentlichkeit.

Der Qualitätskommission mit wissenschaftlichen Expert*innen unter der Leitung von Prof. Olaf Köller und Staatsrat a.D. Dr. Michael Voges (Hamburg) wird durch eine Praxiskommission begleitet, indem der LEA seinen Sitz hat, die auch Analysen und Empfehlungen für die Initiierung von Fachgesprächen veranlassen können. Davon unabhängig fordert der LEA seit Jahren eine „ehrliche“ Systematik zur Datenerhebung der Unterrichtsausfallstatistik.

Die bisherige „Marschrouten“ im Umgang mit dem Lehrermangel ist kein drastisch-populistischer, auch wenn der Ruf danach immer wieder besteht. Vor Jahren verhallten Warnungen aus der Elternvertretung. Jene hätten damals aufgegriffen werden und stärker unterstützt werden müssen. Jetzt heißt die Devise „Die Kinder gemeinsam heil durch diese Zeit zu bringen“, indem der regelmäßige Austausch zur Umsetzung trotz Zeitmangel aufrecht erhalten wird, indem die gegenseitigen „offene Ohren“ gepflegt werden und die Öffentlichkeit immer wieder aufzurütteln, dass einerseits diese Dringlichkeit nicht aus dem Blick gerät und andererseits, dass trotz Personalmangel andere wichtige Themen nicht vernachlässigt, sondern um so mehr vorangebracht werden müssen.

So wurde das Konzept der Berliner Lern- und Teamhäuser im Sinne des „Raumes als dritter Pädagoge“ auf Initiative des LEAs aus der Taufe gehoben inklusive der Partizipationsprozesse von der „Bauphase 0“ an, über die Beteiligung beim Preisgericht der Wettbewerbsverfahren bis hin zum Landesbeirat „Schulbau“. Gleichzeitig wurde das Schulbau-Budget massiv erhöht und die Anerkennung des Sanierungsstaus um das Zehnfache erhöht.

Nicht zuletzt ist zu erwähnen, dass der LEA mit einem unterstützenden Schreiben die Schulleitungen gebeten hat, dass die Sanktionen auf das Fernbleiben vom Unterricht in Zusammenhang mit Aktivitäten für „Fridays For Future“ gemäßigt ausfallen.

Abschließend sind die Aktivitäten des LEAs gegen Mobbing, Rassismus, Antisemitismus und weitere Diskriminierungen an Schulen zu erwähnen. In diesem Zusammenhang sei die Forderung nach Einführung und Umsetzung der Reckahner Reflexionen an allen Berliner Schulen erwähnt.

Tätigkeitsberichte

Bildergalerie 2019



Zum Jahresempfang der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, hat Marlene Mortler, am 15.05.2019 in Berlin eingeladen. Der Einladung folgte unser Vorsitzender Stephan Wassmuth.

Der Vorstand des Bundeselternrats, vertreten durch Stephan Wassmuth und Erika Takano-Forck, ist der Einladung von Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, zu einem gemeinsamen Gesprächstermin am 10.07.2019 in Berlin sehr gerne gefolgt.



Unsere stellv. Vorsitzende Erika Takano-Forck nahm am 27.09.2019 in Berlin den Termin zum Informationsaustausch zur Modernisierung des Kinder- und Jugendmedienschutzes wahr. Hierzu eingeladen hatte Bettina Bundszus, Leiterin der Abteilung Kinder und Jugend beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Termine 2020

Planungstagung 2020

Thema 2021: Bildungswelt(en) der Zukunft
Potsdam, 23.-26.01.2020

didacta 2020

Stuttgart, 24.-28.03.2020

Frühjahrsplenartagung 2020

Schule 4.0 - zukunftsfähige Bildung
Potsdam 27.-29.03.2020

Fachtagung 01 / 2020

Kein Abschluss ohne Anschluss - auf dem Weg zur inklusiven Schule
Ausschüsse „Grundschule und frühkindliche Bildung“, „Förderschule“ und
„Gymnasium“
Potsdam, 15.-17.05.2020

Fachtagung 02 / 2020

DigitalPakt Schule - was bedeutet er für die Bildungslandschaft?
Ausschüsse „Gesamt- und Gemeinschaftsschule“, „Berufsbildende Schule“ und „Real-
und Hauptschule“
Potsdam, 18.-20.09.2020

Herbstplenartagung 2020

Welche Elternbeteiligung / Elternvertretung braucht der Zukunftsstandort Deutsch-
land im Bildungssystem?
Potsdam, 13.-15.11.2020

Vernetzung

Der Bundeselternrat arbeitet mit verschiedenen Partnern thematisch zusammen bzw. ist in Arbeitskreisen und Fachforen vertreten:



Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands e. V. (ASD)
www.schulleitungsverbaende.de



Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) www.dguv.de



Grundschulverband e.V. (GSV)
www.grundschulverband.de



Konferenz der Schulaufsicht in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (KSD) www.ksdev.de

Bundesschülerkonferenz (BSK)

Stiftung LESEN

www.stiftunglesen.de

The logo for Stiftung Lesen is a dark blue rectangle with the text 'Stiftung Lesen' in white, sans-serif font.

Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM)

<https://beauftragter-missbrauch.de>



Verband Bildungsmedien e. V. (VBM)

www.bildungsmedien.de

European Parents Association (EPA)

<http://euparents.eu>



Für die Unterstützung danken wir besonders folgenden Organisationen:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung www.bmbf.de
- DLR Projektträger | Ganztagsforschung, Allgemeine Bildung www.dlr.de
- Verband der Bildungsmedien www.bildungsmedien.de
- Seminaris Seehotel Potsdam www.seminaris.de/hotels/seminaris-seehotel-potsdam.html

Impressum

Herausgeber:

Bundeselternrat

Bernauer Str. 100

16515 Oranienburg

Tel: 03301-5755-37

Fax: 03301-5755-39

Email: info@bundeselternrat.de

Internet: www.bundeselternrat.de

Verantwortlich: **Stephan Wassmuth**

Redaktion: **Stephan Wassmuth**
 Erika Takano-Forck
 Martina Richter
 Ebrahim Yousefzamany
 Carmen Haaf

Layout: Bundeselternrat

Druck:

Bildnachweis: Bundeselternrat

Für eine bessere Lesbarkeit haben wir weitestgehend auf eine geschlechter-spezifische Differenzierung verzichtet. Im Sinne der Gleichbehandlung gelten entsprechende Begriffe für beide Geschlechter.

Stand: Dezember 2019

© Bundeselternrat

www.bundeselternrat.de
